

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Ritsch, Magdeburg. — Verantwortliche Redakteur: Augustin, Magdeburg. — Verlag von Hermann Göttsch, Magdeburg. — Druck von Franz Göttsch, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. — Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. — Einzelhefte 10 Pf. — In den Expeditionen und den Buchhandlungen überall. — Einzelhefte 10 Pf. — In den Expeditionen und den Buchhandlungen überall. — Einzelhefte 10 Pf. — In den Expeditionen und den Buchhandlungen überall.

Nr. 71.

Magdeburg, Donnerstag den 24. März 1904.

15. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

## Es gilt die Waffe!

Mit dem 1. April 1904 eröffnen wir ein neues Abonnement auf die wöchentlich 6mal erscheinende

### „Volkstimme“

mit ihrer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“. Die „Volkstimme“ beleuchtet täglich sämtliche wichtigen Vorgänge im öffentlichen Leben in kritischen Artikeln und zeichnet sich durch ihre Originalität, Aktualität, ausführlichen Parlamentsberichte und prompte Berichterstattung vor allen andern Blättern des Regierungsbezirks Magdeburg vorteilhaft aus. Durch die Auswahl von nur guten Romanen, unterhaltenden und belehrenden Feuilletons usw. wird neben der politischen Aufklärung den Bedürfnissen der Frauen und Mädchen der arbeitenden Bevölkerung nach guter Unterhaltungskultur in weitestem Maße Rechnung getragen. Die „Volkstimme“ ist das Eigentum der Arbeiter im Regierungsbezirk Magdeburg. Sie erfreut sich der wachsenden Wut ihrer Gegner und der ständigen „Aufmerksamkeit“ der Behörden, weshalb

### in keinem Arbeiterhaushalt fehlen darf!

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgebühres auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für bezahlte Bestellschreiben usw. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Die „Volkstimme“ kostet monatlich 80 Pf. frei ins Haus, vierteljährlich 2,25 Mark. Wir hoffen, daß unsere

### Leser allerorts

es sich angelegen sein lassen werden, ihrem eigenen Blatte große Scharen neuer Abonnenten zuzuführen. Die Zeiten sind ernst. Schwere Kämpfe stehen uns bevor. Unsere Leser rechtzeitig über alles zu unterrichten und ihnen als zuverlässige Waffe stets zur Hand zu sein, ist die Aufgabe der

### „Volkstimme“

Auf zur Arbeit deshalb!

## Die bayerische Fabrik- und Gewerbe-Inspektion.

Aus München wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Die Geschichte des Arbeiterschutzes in Bayern geht auf wenige Jahrzehnte zurück; sie lehnt sich seit der Gründung des Reiches an die von diesem inaugurierte Sozialgesetzgebung eng an. Ursprünglich waren es nur einfache Bestimmungen über die im Handwerk beschäftigten Gehilfen sowie über das Lehrlingswesen. Dann wurde auch die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken geregelt. Noch später traten besondere Vorschriften zum Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit sowie gegen das Trudsystem in Kraft. Alle diese Maßnahmen waren auf dem Papier gut und schön. In der Praxis blieben sie indes ohne Bedeutung, weil die zu ihrem Vollzuge erforderlichen Beamten fehlten.

Im Jahre 1878 werden dann erstmals der Schutz weiblicher Fabrikarbeiter nach gewissen Richtungen hin gesetzlich festgelegt und am 29. Mai 1879 die ersten bayerischen Fabrikinspektoren in ihr Amt eingeführt. Von da ab beginnt die Entwicklungsgeschichte des bayerischen Fabrikinspektorats. Zunächst wurden drei Fabrikinspektoren aufgestellt, je einer in München, Speyer und Nürnberg. Die weitere Entwicklung ging zunächst nur sehr langsam von statten. Durch Verordnung vom 8. Juli 1886 wurde die Zahl der Fabrikinspektoren auf 4 festgesetzt. In unserm blau-weiß gefärbten Lande herrschte eben damals der Polizeigeist des Sozialistengesetzes. Wie überall in Deutschland, so wurde auch bei uns der Arbeiterschutz durch den Versuch der Fernhaltung des sozialistischen Giftes von

den noch nicht infizierten Arbeiterschichten betätigt. Ein zahlreiches Polizeihier war dazu verdammt, mit ebenso großem Eifer wie geringem Erfolg die Drachensaat auszurotten. Kein Wunder, wenn darunter die Eindämmung der Auswüchse kapitalistischer Profitgier leiden mußte, die Kontrolle der Arbeiterschutzbestimmungen mangelhaft war, wegen der unzureichenden Zahl der Aufsichtsbeamten des Fabrikinspektorats.

Das Sozialistengesetz fiel. Die sozialpolitische Wende des neuen Kurzes brachte einige Profamen Arbeiterschutz. Durch die neue Fassung, welche der § 139 b der Gewerbeordnung nach dem sogenannten Arbeiterschutzgesetz vom 1. Juni 1891 erfahren hatte, wurde die bisherige bayerische Fabrikinspektion zu einer Gewerbeinspektion erweitert. Durch Verordnung vom 31. März 1892 wurde nämlich die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 105 a, 105 b Abs. 1, 105 c bis 105 h, 120 a bis 120 e, 134 bis 139 a der Gewerbeordnung, ferner die Kontrolle in bezug auf die Sicherung der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit in denjenigen Anlagen, welche nach §§ 16 und 24 der Gewerbeordnung einer besonderen Genehmigung bedürfen, neben den ordentlichen Polizeibehörden besonderen Beamten übertragen, welche den Titel „Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren“ führen. Bei dieser Verordnung wurde vorbehalten, den Beamten noch die Wahrnehmung von weiteren, mit ihrem Wirkungsbereich im Zusammenhang stehenden Geschäften zu übertragen. Dieser Wirkungsbereich umfaßt nunmehr das Gebiet der Sonntagsruhe, der Unfallverhütung und Hygiene usw., ferner die besonderen Vorschriften über die Verhältnisse der Arbeiter in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen.

Durch die im Jahre 1892 erlassene Dienstanzweisung wurde außerdem einbezogen die Aufsicht über die Ausführung der die Arbeiter- und Lehrlinge sowie die Lehrlinge betreffenden Vorschriften der Gewerbeordnung in den ihrer Zuständigkeit unterstehenden Betrieben; weiter die obligatorische Prüfung der Konzeptions- und gewerblichen Vorgesetzten, bei welchen Anordnungen zum Schutze der Arbeiter in Frage kommen können; im Jahre 1895 endlich, in Ergänzung der Dienstanzweisung, die Ueberwachung des Vollzuges der auf die Lehrlinge in den Handwerksbetrieben bezüglichen Vorschriften der Gewerbeordnung.

Entsprechend der Erweiterung des Institutes der Fabrik-Inspektion zu einer Gewerbe-Inspektion wurde die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten (Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren) 1892 auf 8 — je einer für jeden Regierungsbezirk — erhöht; im gleichen Jahre wurden dem oberbayerischen und mittelfränkischen Bezirke je 1 Assistent beigegeben.

Eine fruchtbringende Belebung der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektion trat allerdings erst nach dem Einzug der Sozialdemokratie in den bayerischen Landtag im Jahre 1893 ein. Der bis dahin durch eine edle Harmonie der beiden großen Fraktionen — Liberale und Zentrum — verfeinerte Landtag hatte sich wenig mit dem bloß Arbeiterinteressen berührenden Institut der Fabrik- und Gewerbe-Inspektion befaßt. Und die Regierung fühlte sich ganz wohl in dem Bewußtsein, von keiner Seite vorwärts geschoben zu werden; sie schmolgte denn auch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in Lobeshymnen auf ihr Wohlwollen und ihre Fürsorge für die Arbeiter.

Es ist namentlich das Verdienst des verstorbenen Genossen Grillenberger, gründlich mit dieser Selbstgefälligkeit der Regierung ausgeräumt zu haben. In einer meisterhaften Rede hielt er dem früheren Polizeidirektor von München, späteren und gegenwärtigen Minister des Innern, Herrn v. Feilitzsch, einen Spiegel vor über den Arbeiterschutz wie er ist und wie er sein sollte. Die Polizeipraktiken unter dem Sozialistengesetz und die Vernachlässigung der Arbeiterinteressen durch das von ihm groß gezogene System der Willkür und Unterdrückung wurde scharf gezeihelt.

Die Kritik war fruchtbar; sie hatte den Erfolg, daß die Regierung bis zu einem gewissen Grade einen Systemwechsel eintreten ließ. Den Wünschen der Arbeiter wurde etwas Rechnung getragen. Hierzu gehören auch die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf Ausgestaltung der Fabrik- und Gewerbe-Inspektion. Sie verlangte, daß die Zahl der Aufsichtsstellen vergrößert werde und daß auch geeignete Personen aus dem Arbeiterstande, sowie Frauen als Assistenten angestellt werden sollten. Nun stieg die Zahl der Assistenten von Jahr zu Jahr, so daß München 1898 bereits den dritten Assistenten hatte, welche Zahl sich später noch weiter vermehrte. 1896 wurde zum ersten Male ein Assistent aus dem Arbeiterstande angestellt, und 1898 wurde — obgleich

der Inspektionsbericht noch 1896 das Bedürfnis danach verneint hatte — auch mit der Anstellung zweier weiblicher Aufsichtsbeamten vorgegangen. 1898 wurde der Inspektor für Oberbayern, unter seiner bisherigen Stellung, zur gleichzeitigen Dienstleistung im Ministerium berufen. 1901 wurde endlich auch die von der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtages stets erneuerte Forderung auf Anstellung eines Zentral-Inspektors erfüllt, wobei zugleich eine weitere Vermehrung der Assistentenstellen eintrat.

Das Wachsen der bayerischen Fabrik- und Gewerbe-Inspektion ergibt sich aus folgenden Zahlen: Im Jahre 1892 waren 10 Beamte angestellt, 1901 bereits 21 und gegenwärtig 25, nämlich 1 Zentral-Inspektor, 3 Inspektoren und 13 Assistenten — darunter einige aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Beamte — und 2 Assistentinnen. Bei dem zurzeit verammelten Landtage ist die Bewilligung der Mittel zur Anstellung je eines weiteren männlichen und weiblichen Assistenten beantragt.

Die Zunahme der Revisionen der Betriebe läßt gleichfalls auf die Arbeitsleistung der Fabrik- und Gewerbe-Inspektion schließen. Noch 1879 wurden in Bayern in 84 Reisetagen nur 267 Betriebe besichtigt; 1889 wurden in 126 Reisetagen 664 Revisionen in 529 Betrieben, 1899 in 1462 Reisetagen 10 801 Revisionen in 10 500 Betrieben und 1903 in 1951 Reisetagen 13 223 Revisionen in 12 634 Betrieben vorgenommen.

Wenn man auf die seit der Einführung der bayerischen Fabrik-Inspektion verfloffenen Jahre zurückblickt, wenn man die Tätigkeit und den Wirkungsbereich dieses Amtes verfolgt, so muß man anerkennen, daß die mit der Gewerbeaufsicht betrauten Beamten in Bayern schließlich mehr und mehr in Fühlung mit den Arbeiterorganisationen gekommen sind und daß sie — freilich erst nach manchem Sträuben, welches unsere Fraktion im Landtage mit der Regierung auszufechten hatte — mit dem alten Herkommen des autoritativen Abschließens gegenüber der Arbeiterklasse gebrochen haben.

Im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen werden die verschiedensten Erhebungen über die sozialen, hygienischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen einzelner Gewerbe vorgenommen. Diese Einzeldarstellungen der Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter Bayerns werden seit 1896 systematisch vorgenommen und erscheinen als Anhänge zu den Jahresberichten. Derartige Bearbeitungen liegen zurzeit acht über einzelne Gewerbezweige, eine über die Arbeitsgelegenheit, den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenfürsorge im allgemeinen vor.

Die Arbeitersekretariate, Verwaltungen der Gewerkschaftskartelle und der einzelnen Gewerkschaften unterbreiten den Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren die einlaufenden Beschwerden über Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Ohne daß die Namen der Beschwerdeführer verlangt werden, wird jede Beschwerde geprüft und über das Ergebnis der Revision erhalten die Verwaltungsstellen einen schriftlichen Bericht. In allen Berichten der Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren wird die Zweckmäßigkeit dieses Verkehrs durchaus anerkannt.

So heißt es in dem letzten Bericht für das Jahr 1903: „Endlich sei hier noch der Vertrauensstellung Erwähnung getan, welche sich die Gewerbe-Inspektion, unbeschadet des guten Einvernehmens mit den Arbeitgebern, bei der Arbeiterschaft allmählich errungen hat, eine Vertrauensstellung, die in dem von Jahr zu Jahr lebhafteren und ausbringenderen Verkehr mit den Arbeitern und besonders deren Organisationen, der häufigeren Inanspruchnahme der Gewerbe-Inspektion bei Arbeitsstellen u. dergl. zum Ausdruck gelangt und deren Befestigung und Weiterentwicklung auch in Zukunft Aufgabe der Gewerbeaufsichtsbeamten bleiben soll... Namentlich seitens der Arbeiterorganisationen fanden die Aufsichtsbeamten sowohl bezüglich Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen als bezüglich der angestellten Sondererhebungen über die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter Bayerns bereitwillige und sachdienliche Unterstützung.“

Es soll nicht gesagt werden, daß die bayerische Fabrik- und Gewerbe-Inspektion schon vollständig das erfüllt, was von einem solchen Amte verlangt werden muß. Wenn jenseitig kann gesagt werden, die maßgebenden Stellen sind bestrebt, dieses Amt auszugestalten, auch nach der Richtung hin, daß den Wünschen der Arbeiterschaft immer mehr Rechnung getragen wird. —



Die Wahlwerter.

Die in Heilbronn erscheinende „Neckar-Zeitung“, Amtsblatt für die württembergischen Oberamtsbezirke Heilbronn und Neckarfühl, erklärt gegenüber den Demontierungsversuchen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, auch sie habe von authentischer Seite folgende Tatsachen erfahren:

Es ist Tatsache, daß die Anfertigung von 10 Millionen Wahlzetteln von Berlin aus bestellt wurde.

Es ist Tatsache, daß die Herstellung des hierzu nötigen Papiers in der Papierfabrik in Penig in Sachsen in Arbeit gegeben wurde.

Es ist Tatsache, daß besondere Discretion für diese Bestellung zur Pflicht gemacht wurde.

Diese Tatsachen werden uns von beunterrichteter Seite verbürgt.

Frägt sich nun: wogu diese Bestellung, die in der Tat als eilig bezeichnet wurde?

Und weiter sagt die „Neckar-Ztg.“:

„Beteiligte Kreise hatten und haben die Auffassung, daß eine Auflösung des Reichstags an höchster Stelle ins Auge gefaßt wurde in Hinsicht auf die erheblichen Anzeichen, welche die Budgetkommission am Militäretat vornahm, und bringen auch den plötzlichen Fall des § 2 des Jesuitengesetzes fast in diesem Augenblicke damit in Zusammenhang: Der Reichskanzler habe diesen Ausweg vorgezogen.“

Wir lassen dahingestellt, bemerkt dazu der „Vorwärts“, ob die letztere Mitteilung über den Ursprung des Auflösungsplanes richtig ist. Im übrigen bestätigen die Tatsachen, von denen das Amtsblatt Kenntnis genommen hat, unsere Mitteilungen. Insbesondere wird die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung verteilte und verleguete Tatsache bestätigt, daß die harmlose Papierbestellung nicht nur als eilig, sondern auch unter der Verpflichtung zu besonderer Discretion befördert worden ist.

Bebel gegen Bebel!

Die „Kölnische Zeitung“ hat in ihrer letzten Sonntagsnummer der kapitalistischen Welt eine Sonntagsfreude bereitet. Sie veröffentlicht zwei Briefe, die Bebel als Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins am 24. Juli 1865 und am 28. August 1865 geschrieben hat resp. geschrieben haben soll.

Der erste der Briefe, der nach der „Köln. Ztg.“ außer von Weithmann und Cras auch von Bebel unterzeichnet ist, war an den Vorsitzenden des deutschen Nationalvereins gerichtet. Die Schreiber baten um die Zuwendung „genügender Geldunterstützung“, um eine „ausreichende Agitation“ für ihre Zwecke betreiben zu können. Diese Zwecke bestanden nach der „Köln. Ztg.“ in der Bekämpfung der „Königlichen Verfassung“.

Dieses schöne friedliche erfolgreiche Streben der Arbeiterbildungsvereine wollen nun die falschen Freunde des Fortschritts tören und womöglich umstülzen, indem sie die Festsätze von der Staatshilfe predigen und die Arbeiter auf Abwege führen, welche nicht nur diese selbst, sondern mit ihnen die ganze Gesellschaft, man würde fast ja nicht, an den Abgrund des Verderbens bringen. Denn das Gift jener Festsätze schleicht sich unmerklich in die Massen ein, und die großen Farben, mit denen man das Elend der arbeitenden Klassen gegenüber des Tyrannen derer schildert, die sich auf ihren Geldsäcken wälzen, der ewige Refrain, daß man „nicht dafür büßen“, wenn man zur Revolution gezwungen werde“, dürften uns deutlich zeigen, daß die Fahne des roten Kommunismus nur auf die Gelegenheit wartet, um mit all ihren Schreden entfalteter zu werden. Diese Agitation macht sich meistens besonders in Sachsen breit, und es ist die höchste Zeit, daß diesem Treiben mit Kraft entgegengetreten wird. Der Leipziger Arbeiter-Bildungsverein, welcher gewissermaßen die Spitze der sächsischen Bildungsvereine ist, hat nun beschlossen, zu diesem Zweck aus seiner Mitte Kreisrediger auszuwählen, aber keine Mittel sind dazu nicht ausreichend. Wir stellen daher im Namen der guten Sache an Sie, hochverehrter Herr, die geziemende Bitte: Bei dem Ausschusse des Nationalvereins gütigst dahin wirken zu wollen, daß derselbe durch eine genügende Geldunterstützung eine ausreichende Agitation unserer in obigen Sinne unterstützen wolle.“

Die „Köln. Ztg.“ hegt beim Abdruck einige Zweifel. Sie bemerkt: „Die drei Unterschriften (Bebel, Weithmann und Cras) rühren anscheinend sämtlich von Bebel her, während damals wohl Bebel noch nicht in der Lage war, die gewandte Hilffirste, von anderer Hand gefertigte Eingabe selbst zu verfassen.“ Tatsächlich hat Bebel weder seine, noch viel weniger die Unterschriften der beiden andern gegeben, wie aus folgender Erklärung Bebel's, datiert vom 22. März 1904 aus Berlin-Schöneberg, hervorgeht:

Demgegenüber erkläre ich, daß ich jenen Brief weder geschrieben noch unterschrieben habe, dessen Inhalt ich erst aus dem Abdruck in der „Kölnischen Zeitung“ erfaßte.

Die Anregung zu jenem Schritt bei dem Nationalverein ging von dem Dr. phil. Cras aus, der später Sekretär der Dresdener Gewerkschaft wurde, der vermutlich auch den Brief verfaßte, obgleich die Ueberschwenglichkeit in den Ausdrücken mehr für Weithmann spricht. Cras gehörte damals mit Weithmann zur äußersten Linken des Nationalvereins, ich selbst war Mitglied desselben.

Was die Sache selbst betrifft, so ist richtig, daß ich im Sommer 1865 nicht 300, sondern 200 Taler aus der Kasse des Nationalvereins zur Agitation für die Arbeiter-Bildungsvereine erhielt. Diese Tatsache ist nicht nur bekannt geworden durch die von mir veröffentlichten Abrechnungen, sondern auch durch die Kämpfe, die ich in späteren Jahren mit dem Dr. jur. Hans Blum führte, in welchen dieser Vorgang wiederholt eine Rolle spielte.

Der zweite Brief, den die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht, kann wohl von mir geschrieben sein; er richtete sich nach dem Form so sehr von dem ersten ab, daß der „Köln. Zeitung“ selbst der Gedanke kommen mußte, daß dieser erste Brief nicht von mir herrühren konnte.

Der „Köln. Ztg.“ hätten noch mehr Gedanken kommen können. Zum Beispiel der, daß Bebel im Jahre 1865 noch kein Sozialdemokrat war, daß seine Betschrift zum Sozialismus erst ein Jahr später einsetzte, daß all das längst be-

kannt ist, folglich daß man Briefe aus dem Jahre 1865 beim besten Willen nicht gegen den Sozialdemokratismus zubringen könnte, selbst nicht, wenn der erste Brief von Bebel selber wirklich herrühren würde.

Aber ein Blatt, das für die Partei von „Bildung und Befähigung“ kämpft, hat nicht nötig, über das Maß von Wissen zu verfügen, das als die erste Vorbedingung für die Bildung angesehen werden muß. Die „Köln. Ztg.“ braucht die sozialistische Literatur und Geschichte nicht zu kennen, sie braucht aber eine wie die andre nur zu schimpfen, ohne über die Kräfte zu wissen, daß sie bei ihrem Gewerbe ertappt wird. Denn die Schwestern im kapitalistischen Blätterwald wissen noch weniger und drucken daher freudig das nach, was ihnen die Wetterfahne vom Rhein vorkreist. Die „Freie. Ztg.“, wie wir die „Freie deutsche Presse“ nach wie vor nennen müssen, schreibt z. B.:

Der Brief Bebel's vom 24. Juli 1865 kennzeichnet trefflich die Agitationsweise, wie sie noch heute von den Sozialdemokraten betrieben wird. Nur Bebel selbst hat inzwischen seine Anschauungen geändert, so daß Bebel's Methode von 1864 nicht besser widerlegt werden kann als durch Bebel's Brief von 1865.

Das kleine Sonntagsvergügen der „Köln. Ztg.“ kennzeichnet trefflich die Anspruchslosigkeit der bürgerlichen Presse in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wie sie noch immer von den bürgerlichen Organen und Parteien beliebt wird. Ihre Methode hat sich nicht geändert, so daß ihre Unwissenheit von 1904 nicht geringer ist, als sie schon durch die Aktionen und Ansichten von 1865 dokumentiert wird.

Stundenlange Neben.

Aus dem Dreiklassenhaus wird uns über die Dienstag-Sitzung geschrieben:

Das Abgeordnetenhaus hielt heute eine überaus lange Sitzung ab, kam in seinen Beratungen aber nur wenig vorwärts, so daß der Präsident am Schluß ankündigte, er werde entweder Mittwoch eine Abend Sitzung abhalten oder noch Donnerstag die Beratungen fortsetzen lassen.

Ueber eine Vorlage betreffs Eingemeindung einiger Vorortkreise in die Stadt Bonn wurde zwei Stunden lang diskutiert und dann beschlossen, sie in die Kommission zurückzugeben. Beim Kultur-Etat wurde die Generaldebatte über das Volksschulwesen erledigt, ohne daß noch irgendwelche besonderen Anregungen gegeben worden wären, es sei denn, daß man die Paritätschmerzen des Abg. Hohstetel (Str.) für irgend etwas Neues ansehen will. Bei der Spezialberatung trat, wie alljährlich bei national-liberalen Abg. v. Schöndorff lebhaft für Förderung der freiwilligen Turnkunst ein, und die Regierung versprach, seinen Anregungen zu folgen. Sonst wäre nur noch ein Zusammenstoß zwischen den Abgg. Wellstein (Str.) und Fund (Freif. Wp.) zu erwähnen. Die edle Zentrumsseele hat ihrem Schmerz über die Simultanschulen Ausdruck gegeben; aber weder die Liberalen noch die liberalen Mitglieder des Hauses wollten. Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Dudde will es!

Der Präsident der Eisenbahndirektion Altona läßt, wie der „Magdeburger Volksstimme“ geschrieben wird, in der den ihm verwandten Provinz des Deutschen Reiches eine zum Lobe der Kriegervereine verfaßte Broschüre unter Beilegung eines Zirkulars verbreiten, das diesen Wortlaut hat:

„Den Herren höheren und mittleren Beamten, die Soldat gewesen und nicht Mitglied eines Kriegervereins sind, lasse ich mit diesem Schreiben einen Abdruck der Schrift „Das deutsche Kriegervereinswesen, seine Ziele und seine Bedeutung für den Staat“ zugehen. Die Schrift wendet sich in erster Linie an die Personen, die im bürgerlichen und staatlichen Leben einigen Einfluß besitzen. Sie will unter ihnen die Erkenntnis von der Wichtigkeit und Bedeutung des Kriegervereinswesens für den Staat weiterverbreiten und sie für den Eintritt (!) in die Kriegervereine und für die tätige Mitarbeit innerhalb und auch außerhalb der Kriegervereine gewinnen. Es ist Wert darauf zu legen, daß auch die höheren und mittleren Beamten der Staatsbahnverwaltung, dieser Aufforderung Folge leistend, sich noch mehr als bisher an den Kriegervereinen beteiligen. Sie werden auf diesem Wege den Staat in der Bekämpfung der Unruhbefreiungen der Sozialdemokratie wirksam unterstützen und auch den unter ihrem Einfluß stehenden Kreisen den Personen (!), die dem Drängen der sozialdemokratischen Agitation besonders ausgesetzt sind, einen festen Halt gewähren können.“

Das heißt also: Die höheren und mittleren Beamten sollen in die Kriegervereine eintreten und auch die unter ihrem Einfluß stehenden Personen, also die unteren Angestellten und Arbeiter, die dem Unruhbefreiungen besonders ausgesetzt sind, zum Eintritt veranlassen. Auf der einen Seite wird diesen Leuten verboten, Gewerkschaften und harmlosen Konsumvereinen anzugehören und auf der andern Seite sollen sie in Vereinen, von denen sie gar nichts wissen wollen, hineingeworfen werden. Das ist der Dank dafür, daß sie durch lange Arbeitszeit und geringen Lohn hohe Ueberschüsse erzielen helfen.

Deutschland.

\* Berlin, 23. März. Der Roman „Gefährliche Menschen“ vom Grafen Wolf Sandhaffin (Freiherr v. Schlicht) ist in Berlin in einigen Buchhandlungen beschlagnahmt worden. Man scheint gegen den Verfasser strafgerichtlich einschreiten zu wollen, nachdem viele Tausende von Exemplaren ins Publikum gedrungen sind. Sollte es dazu kommen, so wird der Angeklagte den Wahrheitsbeweis zu führen haben. Die liberale Presse fürchtet daher ein fünftes, sechstes, siebentes — wieviel find's denn schon? — Fortband und bedauert den Schritt des Kriegsministers, der den Sozialdemokraten Wasser auf ihre Mühlen leitet.

— Eine Ostermarkenzulage ist, wie der Finanzminister in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte, 8220 Beamten bewilligt worden. 322 Beamte haben sie nicht erhalten, teils wegen „mangelhafter Dienstführung, teils wegen nationaler Unzuverlässigkeit“. Also nicht einmal jeder Beamte ist „national“, d. h. vorussichig zuverlässig!

— Der Minister des Innern hat nach der „N. pol. Korresp.“ angeordnet, daß bei unehelichen Geburten die Namen der Mütter in den in den Zeitungen veröffentlichten standesamtlichen Nachrichten nicht veröffentlicht werden sollen.

— Für eine Zentralisation der Gewerkschaften im Deutschen Reich, ähnlich wie sie die Handelskammern im deutschen Handelsstag besitzen, hat sich der Ausschuß des deutschen Gewerks- und Gewerbelammertages ausgesprochen.

— Ueber das Ergebnis des Prozesses Cudell-Schad zeigt sich die „Deutsche Tagesztg.“ hoch erfreut. Das Organ des Bundes der Landwirte behauptet, durch die Beweisaufnahme habe sich „gezeigt, daß der Major Cudell einen Charakter hat und Eigenschaften besitzt, welche ihm die Hochachtung gradezu erzwingen“. Was muß ein Mensch begen, um die Achtung der Agrarier zu verlieren, vorausgesetzt daß er notleidender Landwirt ist?

— Für ein Restlozschloß in Posen hat die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die erste Rate von 1 Million Mark bewilligt, jedoch mit der Einschränkung, daß die gesamte Summe des Staatszuschusses statt 5 150 000 Mk. auf 3 Millionen Mk. zu bemessen ist.

— Nach der „Post“ berief der Zentralverband deutscher Industrieller zur Begründung einer Hauptst. der deutschen Arbeitgeberverbände seinen Ausschuß auf den 11. April und eine Delegiertenversammlung auf den 12. April nach Berlin.

\* Marienberg, 22. März. (Amstsch.) Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Marienberg-Bischofau (Sachsen 20) wurden im ganzen 20,608 Stimmen abgegeben, für Pinkau (Soz.) 10,277, für Zimmermann (deutsch-sozial) 6998, für Schanz (Konf.) 4325. Es hat somit Stichwahl zwischen Pinkau und Zimmermann stattgefunden. Pinkau fehlen also 28 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, um den Sieg zu erringen, den die Antisemiten schon „mit einiger Sicherheit“ in der Tasche zu haben glauben.

\* Braunschweig, 22. März. Zwischen den hiesigen Ärzten und Krankenkassen ist eine Einigung zustande gekommen auf der Grundlag der freien Arztwahl.

\* Oldenburg, 22. März. Bürgerliche Blätter berichten: „Da das Erfolgsgesetz die Zustimmung zweier Landtage erfordert, wird der jetzige Landtag demnächst aufgelöst werden. Die Neuwahl erfolgt im Sommer.“

\* Aus Thüringen, 22. März. Eine Konferenz sämtlicher thüringischer Staatsminister ist, wie der „Täg. Rundschau“ berichtet wird, auf den 12. April nach Coburg einberufen. „Gutem Vernehmen nach handle es sich um die Beschlussfassung über einen engeren Zusammenschluß der thüringischen Staaten in Bundesratsfragen.“

Der russisch-japanische Krieg.

\* Mukden, 22. März. In der Nacht vom 21. auf den 22. d. M. erschienen vor Port Arthur von neuem japanische Torpedoboots. Die russischen Wachtschiffe und Batterien eröffneten das Feuer, das 20 Minuten anhielt. Um 4 Uhr morgens wiederholten die japanischen Torpedoboots ihren Angriff. Um 7 Uhr morgens erschien das feindliche Geschwader, dem 4 Ufboos vorausritten, um 9 Uhr wurde das Feuer gegen die Feuerzede eröffnet und von den russischen Schiffen erwidert.

Sd. Petersburg, 23. März. Gestern morgen erschienen die Japaner nach zwei in der Nacht erfolgten Vorstößen vor Port Arthur. Das japanische Geschwader bestand aus 11 großen Fahrzeugen und 8 Torpedobooten. Nach einigen Schüssen zogen sich die Japaner auf Boatschan hinter das Vorgebirge zurück und begannen das Bombardement, welches bis 11 Uhr dauerte. Die Russen haben 3 Tote und 10 Verwundete. Das Geschwader hatte keine Verluste. Die Japaner entfielen 208 Geschosse. General Mitschkin meldet: Am 19. März besetzte japanische Meeresflotte Pjong. In Pjong, wo die Japaner Material zum Wiederaufbau im Süden und Norden bereit halten, befindet sich eine Division der Japaner, in Pjong-Jang der übrige Teil der ersten japanischen Armee.

Sd. Dorpat, 23. März. Wegen Verbreitung von revolutionären Proklamationen wurden bei sämtlichen hiesigen Universitätshörsen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mehrere hundert Studenten wurden verhaftet.

Gewerkschaften.

ac. Mehr Arbeiterschutz. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses hat dem Ministerpräsidenten eine Interpellation eingereicht, in der über den Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung in Oesterreich Klage geführt und eine strengere Handhabung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen gefordert wird. In dem Schriftsatz wird auch das Berliner Heimarbeiterschutzkongresses gedacht und zwar sprechen die Interpellanten ihren Tadel darüber aus, daß der Vertreter, den das österreichische Handelsministerium zu diesem Kongreß angekündigt hatte, in letzter Minute zurückgezogen wurde. Dieser Vorgang, der um so überraschender sei, als die österreichische Regierung seit Jahren Erhebungen über die Heimarbeit in Oesterreich anstellen lasse, bedeute weiter nichts, als ein ganz unzulässiges Entgegenkommen der preussischen Regierung gegenüber.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Bauarbeiter in Dessau beschlossen, die gestellten Forderungen einstweilen zurückzugeben, bis die Organisation besser ausgebaut ist. Die Schaufmacher hatten jede Verhandlung abgelehnt. — Die Schuhmacher in München haben bereits zu bereuen, daß sie dem „Ehrenwort“ der Meister vertraut. Ein Teil der Meister brach bereits die Versprechungen bei 160 Gehilfen. 160 Gehilfen haben wegen dieses Wortbruchs die Arbeit aufs neue eingestellt. Eine neue Ausperrung ist in Sicht. In Kiel ist es nun doch noch zum Streik gekommen, woran zirka 200 Mann beteiligt sind. Auch in Ludenwalde haben die Maleischen Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — Die Maler in Heidelberg sind am Montag in die Lohnbewegung eingetreten. — Die Arbeiter in Stippstadt i. B. fordern gegenüber den Zumutungen der Arbeitgeber, die ihnen einen Schornsteinvertrag vorzulegen wagten, 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, 4 Mark Tagelohn für selbständige, 3 Mark für angelernte, 20 Prozent Lohnminderung zc. Die Bewegung geht von den Christlichen aus, doch gehen die freien Verbände mit ihnen zusammen vor. Sämtlichen Gehilfen wurde bereits gekündigt.



## Aus der Parteibewegung.

Am Vor den Breslauer Richtern der 2. Strafkammer stand am Montag der Redakteur der „Volksmacht“, Genosse Mehrlein, angeklagt, eine in Preußen verbotene Lotterie empfohlen zu haben. Der Sachverhalt ist kurz der folgende: In der bekannten Inseratenbeilage der „Neuen Welt“, welche letztere einer großen Anzahl deutscher sozialdemokratischer Zeitungen beigelegt wird, war am 21. November v. J. eine Annonce eines Hamburger Lotteriekollektors enthalten. In dieser Anzeige wurde die Hamburger Staatslotterie empfohlen. Obwohl diese Inseratenbeilage von einem Angestellten des Herrn Eisler — Herrn D. Schroeter in Hamburg — verantwortlich gezeichnet wird, wurde dennoch gegen unsern Genossen Mehrlein oben genannte Anklage erhoben! Gleichseitig aber wurde auch Herr Schroeter angeklagt.

Genosse Mehrlein erklärte, daß er für diese Beilage nicht verantwortlich sei, da er ja nicht den geringsten Einfluß auf die Aufnahme der Inserate habe. Die Inseratenbeilage der „Neuen Welt“ sei vielmehr vom Verlage derselben an das Hamburger Inseratengeschäft von Heinrich Eisler verpachtet. Für den Inhalt der Annoncen und überhaupt für die gesamte Beilage sei daher nur diese Firma haftbar. Vor allem aber schreibe das Preßgesetz nur vor, daß für eine in Deutschland erscheinende Druckschrift eine solche Persönlichkeit verantwortlich zeichne, die Reichsangehöriger sei und in Deutschland wohne. Das sei doch hier der Fall. Genosse Mehrlein überreichte dem Gericht verschiedene Unterhaltungsblätter — mit Inseratenbeilagen — bürgerlicher Parteien. Bei diesen Zeitungen wird genau so verfahren. Im Namen des Mitangeklagten Schroeter in Hamburg — welcher vom Erscheinen entbunden war — erklärte dessen Rechtsanwält, daß Herr Schroeter nicht verantwortlich sei, da er angenommen, daß diese Beilage nur in Hamburg verbreitet würde, deshalb sei nur Genosse Mehrlein der Verantwortliche.

Demgegenüber erklärte Genosse Mehrlein, daß diese Meinung eine durchaus falsche sei. Der Chef Schröters, Herr Eisler in Hamburg, scheine diesen nicht genügend darüber unterrichtet zu haben. Denn gerade der Umstand, daß die „Neue Welt“ in einer Auflage von circa 250 000 Exemplaren erscheine und allen größeren sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands beigegeben wird, hat Herrn Eisler doch sicher nur benagen, diese Beilage zu pachten. Der Staatsanwalt hält beide Angeklagten für schuldig. Mehrlein hätte die Weiterverbreitung der „Neuen Welt“ zu veranlassen und sei schon deshalb mitverantwortlich für den Inhalt derselben, gleichviel ob Schröter verantwortlich gezeichnet habe. (1) Er beantragte gegen beide Angeklagten je fünfzig Mark Geldstrafe.

Genosse Mehrlein erklärte noch, daß er mit der Verbreitung der „Neuen Welt“ gar nichts zu tun habe,

das sei Sache des Verlages und nicht der Redaktion. Er wies nochmals auf den klaren Wortlaut der § 20 und 21 des Preßgesetzes hin und beantragte seine Freisprechung. Der Vertreter des Angeklagten Schröter beharrte auf seinen bereits erwähnten Argumenten und beantragte gleichfalls Freisprechung von Schröter. (1)

Das Gericht erkannte tatsächlich auf 50 Mark Geldstrafe event. 5 Tage Haft bei Genossen Mehrlein und auf 100 Mark event. 20 Tage Haft bei Herrn Schroeter. Die Begründung lautet ungefähr wie folgt. Schröter sei ohne Frage verantwortlich für die Inseratenbeilage, er hat auch gewußt oder wissen müssen, daß diese Beilage auch preussischen Zeitungen beigelegt wird, er sei deshalb wie erkannt zu verurteilen. Mehrlein dagegen sei für die Weiterverbreitung der „Neuen Welt“ verantwortlich, auch habe er sich von dem Inhalt der Beilage vorher überzeugen müssen (!!!), schließlich sei er als verantwortlicher Redakteur auch für alle Beilagen der Zeitung mit verantwortlich.

Wir haben dem Urteil an sich nichts weiter hinzuzufügen. Ganz selbstverständlich wird Genosse Mehrlein gegen seine Verurteilung Revision einlegen und dürfte der Fall noch das Reichsgericht beschäftigen. Erwähnen wollen wir noch, daß 1896 der damalige verantwortliche Redakteur der „Neuen Welt“ Edgar Steiger in Breslau wegen eines in seinem Blatt enthaltenen Artikels verurteilt wurde. Ist aber die Begründung des letztangegangenen Urteils gegen Genossen Mehrlein richtig, so hätte damals nicht Steiger, sondern der Redakteur der „Volksmacht“ bestraft werden müssen!

Eines kommt noch hinzu: Wäre das Breslauer Urteil stichhaltig, dann müßten doch auch wir und sämtliche übrigen Redakteure in Preußen, die die „Neue Welt“ „verbreiten helfen“, sämtlich wegen ein und desselben Verbreitens bestraft werden. Aber „wir in Oberschlesien machen das halt so!“ sagte ja seinerzeit ein Richter dort im Osten. Man merkt's auch in Breslau! —

Urlaub von der — Gefängnisverwaltung. Genosse Otto Niedlinger in Garburg, Redakteur des dortigen Parteiblattes, der seine neunmonatige Gefängnisstrafe im Zentralgefängnis zu Gamaeln verbüßt, hat anlässlich der Konfirmation seines Anbans einen fünfjährigen Urlaub erhalten. —

Der Herausgeber der „Dokumente des Sozialismus“, Genosse Eduard Bernstein, teilt mit, daß er vor der Notwendigkeit stehe, gegebenenfalls das Unternehmen einzustellen, da es sich nicht decke. Er wolle jedoch, bevor er sich zu diesem Schritte entschließen, den Lesern von diesem Stande der Dinge Kenntnis geben.

„Sollte sich“ so heißt es in dem Artikel, „eine genügende Anzahl von Freunden finden, die den Wunsch haben, den Fortbestand der „Dokumente des Sozialismus“ gesichert zu sehen, und die in der Lage sind, Opfer — etwa in der Form von Beiträgen zu einem Garantiefonds — dafür zu bringen, so werde ich mit dieser Hilfe gern die Zeitschrift fortführen. Eine andere Möglichkeit, sie fortzuführen zu lassen, sehe ich nicht.“

Sowie an dieser Stelle. Die näheren Einzelheiten werden

denjenigen, die sich dafür interessieren, brieflich mitgeteilt werden. —

In New York starb vor einiger Zeit der Rigarrenmacher Arnold, der 1848 in Göttingen geboren wurde. Arnold nahm hervorragenden Anteil an der sozialistischen Bewegung, er stand damals auf Seiten der Lassalleaner und hat alle Kämpfe bis zur Vereinigung der beiden Fraktionen mitgemacht. Später wirkte er in Erfurt, in Göttingen und in anderen Städten für die Ziele des Sozialismus. Unter dem Sozialistengesetz wurde er aus dem nördlichen Belagerungsgebiet ausgewiesen, worauf er nach Amerika ging. Auch dort hat er seinen Anteil an der Arbeiterbewegung genommen. —

## Konferenz sozialdemokratischer Drucker und Verleger.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Berlin eine Besprechung der Geschäftsleiter der Partei- und bürgerlichen Privatdruckereien statt, in welchen Parteiblätter hergestellt werden. Zur Verhandlung standen neben der Mitteilung des Ergebnisses der statistischen Aufnahmen, deren Grundinhalt bereits letzte Woche durch die „Volksstimme“ veröffentlicht worden ist, die Frage der Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Ferien, des gemeinsamen Papierbezuges für die gesamte Parteipresse und endlich die Frage, ob die Parteipresse im sogenannten gewissen Gelde oder im Verechnen hergestellt werden solle. Die Frage des gemeinsamen Papierbezuges, in deren Erörterung auch die Stellung zum Syndikat eine gewisse Rolle spielte, wurde nach grundsätzlicher Behandlung einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen, diejenige des Verechnens oder des gewissen Geldes wurde unter Berücksichtigung der verschiedenartig gelagerten lokalen Verhältnisse nach der Seite hin beantwortet, daß heute um so weniger Veranlassung vorliege, als ja die weitere Einführung von Sechsmaschinen diese ganze Streitfrage des Zeitungsverechnens für die größeren Druckereien ohnehin verüberflüssige.

Die Verschiedenartigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Parteidruckereien und insbesondere der Privatdruckereien, in denen Parteiblätter hergestellt werden, ergab bezüglich der Ferien und sonstiger, von Arbeitern über den Tarif hinaus zugestandenen Vorteile ein sehr weit auseinandergehendes Bild. Als erste Aufgabe dieser Konferenz wurde neben praktischer Durchführung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Vorteil der Arbeiter — denn die im Buchdruckerartefiz vorgezeichnete Regelung bedeutet tatsächlich nur eine Aufhebung dieses Paragrafen zum Vorteil der Unternehmer — die Verkürzung der Arbeitszeit angefaßt. In Bezug auf weitere Vorteile soll vor allem danach getrebt werden, daß die Vorteile, die heute bereits in einer Anzahl von Parteidruckereien den Arbeitern gewährt werden, von den kleineren oder weniger leistungsfähigen Geschäftsführern nach Maßgabe ihrer Kräfte möglichst bald eingeführt werden. Es wurde daher folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Konferenz der Vertreter der Parteidruckereien beschließt:

In Bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sollen den Arbeitsordnungen folgende Bestimmungen beigelegt werden:

1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Parteidruckereien beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Übungen von nicht mehr als vierzehn Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder Ernährer von Familienangehörigen sind. Bei länger als vierzehn Tage dauernden Übungen wird der bezogene Teilbetrag des Lohnes nur für die ersten vierzehn Tage gezahlt.

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Ingenieur Forstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(89. Fortsetzung.)

Forstmann kroch durch das Dunkel zur Tür hin und pochte, indem er mit heiserer Stimme rief:

„Laßt mich heraus! Laßt mich doch heraus!“

Niemand antwortete ihm. Nur der Irre nebenan stieß sein kreischendes Gelächter aus, und das Weib schrie in schrillen Tönen wie ein Raubbogel in hoher Luft, der unter sich Was wittert.

„Es müßte doch schon längst Tag sein! Warum wird denn mein Fenster nicht hell? Draußen scheint doch die Sonne. Die Leute frühstücken jetzt. Ich bin doch schon länger als eine Nacht hier. Das ist ja fürchterlich, dies Dunkel! Was war ich für ein Tor, daß ich gestern nicht in den Garten ging! Wie schön muß es draußen sein. Und wie gräßlich ist es hier! Was hat mein Vater gelitten, der acht Jahre in seiner Zelle eingeschlossen war. Herrgott, warum sagt mir kein Mensch, wie lange ich hier eingeschlossen bin? Warum sehe ich nichts? ... Ja, das sind Steine, kalte, klebrige Steine, aber wenn ich sie nur mal sehen könnte!“

Doch plötzlich schraf er zusammen, da er ein Geräusch an seiner Tür zu vernehmen glaubte. Er tastete sich, so schnell er konnte, hin, süße Hoffnung durchströmte ihn, daß jetzt die Erlösung da wäre. Mit matter Stimme rief er:

„Macht auf! Macht auf! Bitte, macht doch auf! ... Ach, macht auf!“

Draußen stand Mewes, der von Doktor Singheimer hinuntergeschickt war, um nachzusehen, ob der Kranke sich beruhigt habe oder nicht. Es war jetzt dreiviertel elf. Forstmann hatte etwa vier Stunden in der Zelle zugebracht. Für den Fall, daß er noch tobte, sollte er dort bleiben, andernfalls sollte man ihm ein lauwarmes Bad geben und ihn zu Bett bringen. Einige Augenblicke blieb Mewes horchend an der Tür stehen, dann ging er durch den Park zur Regelfabrik und meldete, daß der Kranke noch ebenso heftig tobte wie am Anfang.

Forstmann bat und horchte noch lange Zeit, ohne daß sich etwas gerührt hätte. Der Kärm in den Nebenzellen

war verstummt. Es war ganz still. Pechschwarze Finsternis umgab ihn. Da sagte er sich endlich, daß alles vergeblich sei. Gänzliche Mutlosigkeit überkam ihn. Er begann langsam auf und ab zu gehen. Seine Füße raschelten in dem Stroh, das durch die ganze Zelle verstreut lag. Er tastete ängstlich mit der Hand vor sich, sich umwendend, sobald er die Mauer berührte. Manchmal blieb er stehen und fragte: „Wo bin ich? ... In meinem Zimmer? ... Wo? ... Was? ...“ Antwortet doch! ... Er horchte, dann tappete er weiter. Die Berechnung der Zeit hatte er gänzlich verloren. Die Minuten wurden Stunden. Wenn er die Zelle einmal durchschritten hatte, glaubte er einen langen Weg gemacht zu haben.

Nun war es nicht mehr der Gedanke, daß er verrückt sei, der ihn schreckte, es war die Dunkelheit und die Zeit, die still zu stehen schien — dies Lebendigbegrabensein, das kein Ende nahm. Ein paarmal stolperte er über die Matratze, daß er lang hinschlief, aber trotz seiner blutenden Glieder raffte er sich wieder auf. Er konnte nicht still stehen.

„Wo komme ich wirklich nicht wieder heraus? Die andern hat man fortgebracht, mich läßt man hier. Ich soll hier sterben! Man denkt, ich bin alt und schwach. Hinterher heißt es Herzschlag, dann ist man mich los ... Warum wird es nicht hell? Man hat das Fenster verschüttet. Ich stecke in einem Grab! ... Was soll ich machen? Herrgott! Ich muß heraus! Ich will so nicht enden! ...“

„Laßt mich heraus! Heraus! Heraus!“

In der sinnlosen Angst überkam ihn noch einmal die Raserei. Er stieß mit den Stiefeln gegen die Tür, schlug sich die Hände noch blutiger, schrie sich die Stimme heiser. Schließlich fiel er ganz ermattet nieder. Aber immer von neuem pochte er mit dem Knöchel gegen das Holz, indem er tonlos flüsterte:

„Laßt mich heraus!“

Der Kopf sank ihm auf die Brust. Kalter Schweiß brach aus seinem Gesicht. Er war so kraftlos, daß er sich kaum rühren konnte. Nur die Hand vermochte er noch zu erheben und an die Tür zu pochen.

Gegen sieben Uhr morgens klopfte der Oberarzt an. „Na, haben Sie sich beruhigt?“ fragte er, indem er vorsichtig die Tür öffnete.

Statt einer Antwort fiel ihm der angelehnte Körper entgegen. Man trug den Kranken wieder in sein Zimmer

und legte ihn zu Bett. Nachdem er von dem Blut gereinigt war, bekam er eine Suppe zu trinken. Die Fragen des Arztes nach seinem Befinden beantwortete Forstmann nicht.

Als er aber mit Mewes allein war, sagte er:

„Warum hast Du mir nicht geholfen?“

„Ich konnte nicht. Ich wollte hinuntergehen, aber die Wärter haben mich nicht in die Abteilung gelassen.“

Nachmittags kam Doktor Singheimer wieder. Er reichte dem Kranken die Hand und setzte sich auf den Rand seines Bettes.

„Wie geht's?“

Forstmann nickte, ohne den Arzt, der ihm die Hand drückte und die Hand nach einer Weile:

„Der Puls geht noch schwach. Jedenfalls sind Sie heute bedeutend ruhiger. Sehen Sie jetzt ein, daß wir Sie nicht so ohne weiteres entlassen können? Sie müssen sich nach dem gestrigen Vorfall selber sagen, daß Sie krank sind. Und zwar schwer krank. Oder glauben Sie, Sie wären gesund?“

Der Kranke, dem die Gegenwart des Arztes immer mehr zur Qual wurde, machte eine verneinende Bewegung.

„Erinnern Sie sich, was gestern nachmittags passiert ist?“

„Nein.“

„Sie waren außerordentlich erregt und haben den Herrn Amtsrichter mit einem Spazierstock geschlagen. Das würde doch einem geistig normalen Menschen nicht einfallen, einen wildfremden Menschen, den er zum ersten Male seinem Leben sieht, plötzlich anzufallen. Sie können daraus ersehen, daß Sie krank sind.“

„Gestern abend?“ murmelte Forstmann. „Das soll gestern abend gewesen sein?“

„Natürlich! Wann denn? Haben Sie alles vergessen?“

Der Kranke nickte und schloß die Augen.

Später, als der Arzt fort war, ließ er sich von Mewes eine Zeitung bringen. Er betrachtete das Datum und sagte:

„Ich will die neueste Nummer haben.“

„Dies ist die neueste.“

„Haben wir heute den nächsten?“

„Ja wohl.“

Eine Weile starrte der Kranke brütend auf die Bettdecke. „Dann wäre ich ja nur eine Nacht da unten gewesen.“

„Das versteht sich!“ erwiderte der Wärter. „Ihnen ist wohl die Zeit lang geworden?“

„Sehr lang.“

(Fortsetzung folgt.)



Allen Arbeitern wird bei Arbeitsverhältnissen infolge von...  
B. In anderen Fällen, z. B. Wahrnehmung gerichtlicher Ver-  
pflichtungen in eigener Sache, Geschäftsreisen, Todesfällen oder  
schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen, wird ein  
Klagbarer Anspruch auf Zahlung des Lohnes für die  
verfallene Arbeitszeit nicht zugestanden; ebenso wenig  
findet ein Anspruch auf Entschädigung bei Krankheits-  
fällen statt.

- a) die achtstündige effektive Arbeitszeit in  
ihren Betrieben einzuführen;
- b) für alle mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigten Ar-  
beiter Ferien bis zur Dauer von einer Woche zu ge-  
währen unter Fortzahlung des Lohnes;
- c) die Beiträge zur Invalidenversicherung ganz zu bezahlen;
- d) die Differenz zwischen Lohn und Krankentafel-  
Entschädigung bei im Geschäft erlittenen Unfällen zu  
vergüten.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 23. März 1904.

**Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.**  
Am Dienstag hielten die städtischen Arbeiter im „Dreikaiser-  
bund“ eine öffentliche Versammlung ab, um Stellung zu  
ihren bereits im vorigen Jahre eingereichten Lohnforderung  
zu nehmen. An der Hand des vom hiesigen Statistischen  
Amt herausgegebenen Heftes über die Lage der städtischen  
Arbeiter hielt der Gewerkschaftssekretär Genosse Weims  
einen einleitenden Vortrag. Redner wies nach, daß die  
Verhältnisse, unter denen die von der Stadt Magdeburg  
beschäftigten Arbeiter zu leben gezwungen sind, wahrhaftig  
nicht die richtigen genannt werden können. In Anbetracht  
der herrschenden Mieten und Lebensmittelpreise könne man  
die gestellten Forderungen nur als bescheiden bezeichnen. Um  
so wunderbarer sei es, daß der Magistrat, statt dem nach-  
zugehen, die Arbeiter mit geringfügigen Weihnachtsgeschenken  
abspesen wolle. Nach einer längeren Diskussion, in der  
manch hartes Wort über die Maßnahmen der Stadtverwaltung  
fiel, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 22. März 1904 im „Dreikaiserbund“ tagende öffentliche  
Versammlung der in städtischen Betrieben in Magdeburg beschäftigten  
Arbeiter kann sich für die gegenwärtige Entlohnung der städtischen  
Arbeiter nicht erklären. Die Versammelten erklären eine Ver-  
leugung ihrer Würde als gewerbliche Arbeiter. Sie befehlen, daß  
durch die Einführung der Weihnachtsgeschenke eine Herabminderung  
der moralischen Qualifikation der in Frage kommenden Arbeiterschaft  
eintritt, da erfahrungsgemäß das Entgegennehmen von Geschenken  
demütigt.

Die Versammelten erhoffen vom Magistrat und der Stadtver-  
ordneten-Versammlung eine angemessene Entlohnung für ihre Arbeits-  
leistung bei Billigung einer angemessenen Arbeitszeit; als solche  
müssen wir die in unserer Eingabe vom 14. Februar 1904 enthaltene  
Lohnaufbesserung ansehen. Die Versammelten sind der Ansicht, daß  
die Stadtverwaltung ihren Arbeitern dasjenige, was in privaten  
Betrieben jetzt schon oft gewährt wird: einen kurzen Sommerurlaub,  
nicht länger vorzuziehen wird.

Ob und inwieweit die Stadtverwaltung geneigt sein  
wird, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen, wird  
die am Donnerstag resp. am Freitag stattfindende Stadt-  
verordneten-Sitzung zeigen. Auf allzubiel Entgegenkommen  
werden die Arbeiter jedenfalls nicht zu rechnen haben.

**Genosse Siebel (Kaufmännische Dreiklassen-Kasse)** schreibt  
uns: „In dem Bericht über die Sonntags-Versammlung der Kas-  
sen-Vorstände in Nr. 69 der Zeitung befinden sich zwei zu Unklar-  
heiten führende Angaben, die wir zu berichtigen bitten:

1. Rentant Müller hat nicht gesagt: „Sollte ein Konflikt aus-  
brechen, dann gehen die Beamten wenigstens mit Ehren  
daraus hervor“, sondern: „Dann gehen die Kassenvor-  
stände mit Ehren daraus hervor.“
2. Nach der Fassung des Zeitungsberichts und besonders aus  
der nicht prägnanten Wiedergabe der Ausführungen des Herrn  
Stadtrat Lüdemann muß angenommen werden, daß unter  
Beibehaltung der Absätze 2-5 des omnibus § 11 a der Vor-  
lage lediglich eine Abänderung des Absatzes 1 geübt sei.  
Das trifft nicht zu. Unter Annäherung aller  
Absätze des genannten Paragrafen der Vorlage haben  
vielmehr die Kassee-Vorstände die Gefährlichkeit  
des omnibus § 11 a der Vorlage für alle Kassee-Ange-  
stellten in einem einzigen Absatz zusammengefaßt.“

**Die Betrübten.** Resigniert schreibt das Blatt  
für Krämer- und Zuderbaron-Interessen, die „Magde-  
burgerische Zeitung“ unter der Ueberschrift „Der Ausbau der  
Konsumvereine und Sozialdemokratie“: „Während noch vor  
10 Jahren die sozialdemokratischen Führer sich  
ziemlich ablehnend gegen die Konsumvereine verhielten, sind  
sie jetzt Feuer und Flamme dafür. Die Konsumvereine  
Sachsens haben an Dividende allein 5 Millionen Mark in  
einem Jahr verteilt, und so ist in den leitenden Kreisen der  
Konsumvereine der Gedanke erwacht, neue große Schöpfun-  
gen ins Leben zu rufen. Man will Eisenhütten, Zischlereien,  
Eisglaserien, Möbelfabriken, Schuhfabri-  
ken, Seifenfabriken u. für den Bedarf der Konsum-  
vereine in ganz Deutschland schaffen, man will die bereits  
an vielen Orten bestehenden Konsumvereine mächtig  
vermehrten. Die Führer in den Konsumvereinen, wie der  
bekannte Reichstagsabgeordnete v. Ein, weisen darauf hin,  
daß die Genossenschafts-Schuldfabrik in Leicester allein 2500  
Arbeiter beschäftigt, die Genossenschafts-Bäckerei in Glasgow  
allein 1000. Was in England möglich sei, müsse auch in  
Deutschland geschaffen werden, kurzum die Konsumvereine  
in den Händen der Sozialisten müßten eine gewaltige  
Macht, eine Organisation der Arbeiter werden. Diese Bewegung  
bedeutet natürlich auch den Ruin aller hie-  
sigen gewerblichen Existenzen; schon aus dem Grunde ver-  
dient sie die aufmerksamste Beachtung.“

Daß die Konsumvereinsgegner auch wie vor die So-  
zialdemokratie mit den Genossenschaften verwechseln, liegt  
natürlich weniger an ihrem bösen Willen als an einem  
bedauerlichen Mangel an Auffassungsgabe. . . . Es ist  
einzig ihr Verger darüber, daß die Konsumvereine groß  
werden! —

**Vergroßerung des städtischen Hafens.** Zur  
Zeit läßt die königliche Eisenbahn-Verwaltung die den  
Häfen beim Einfahren äußerst hinderliche Molenspitze rechts  
von der Bollbrücke auf, die Länge von ca. 10 Meter weg-  
baggern. Diese Arbeit macht sich notwendig, weil im letzten  
Winter Röhre von größerer Breite beim schrägen Einfahren  
in den Hafen mit der Molenspitze kollidierten. —

**Fernfahrt Frankfurt a. M. — Magdeburg — Berlin für  
Motorvelociped.** Für diese vom Deutschen Radfahrerklub am  
4. und 5. Juni zu veranstaltende Fernfahrt ist soeben die Ausschrei-  
bung erfolgt. Aus den Bedingungen heben wir hervor: Die Fahrt  
geht über die Strecke Frankfurt a. M. — Wiesbaden — Marburg — Kassel —  
Münster — Göttingen — Nordheim — Elze — Hannover — Peine — Braun-  
schweig — Helmstedt — Magdeburg — Burg — Brandenburg — Pots-  
dam — Berlin. Sie wird zum Zweck der Nachruhe in Hannover  
unterbrochen. Die Abfahrt in Frankfurt und Hannover erfolgt 5 Uhr  
vormittags ohne Rücksicht auf die etwa nicht rechtzeitige Einschiffen.  
In Frankfurt a. M., Hannover, Magdeburg und Berlin sowie an  
mehreren weiteren Orten der Strecke werden Kontrollen eingerichtet.  
Dort sind Listen aufgelegt, in welche sich die Fahrer persönlich einzu-  
zeichnen haben. Radwechsel ist nicht gestattet. Nur derjenige hat An-  
spruch auf Auszeichnung, der die Strecke mit dem von ihm gemeldeten,  
in Frankfurt plombierten Rad und auf dem vorgeschriebenen Wege von  
Anfang bis zu Ende innerhalb der noch festzusetzenden Zeit zurück-  
legt. Rennungsloos ist am 10. Mai, abends 6 Uhr. —

### Provinz und Umgegend.

**Borleben, 22. März.** (Zur Situation.) Zu der in  
kurzer Zeit stattfindenden Gemeindevorstandswahl sind unsere  
Gegner in sehr reger Tätigkeit. Besonders der Kaufmann Schrö-  
der, der den Dahlemburgischen Genossen erklärte, daß er in diesem  
Jahre unparteiisch handle, hat sich hierin besonders hervorgetan. Er  
sich nämlich dem Schneidermeister Krüger, der bei ihm öfter im  
Laden beschäftigt ist, im Dorfe umher, um die Stimmen der wach-  
berechtigten Wähler zu ergattern. Darum Genossen, seid auf der  
Hut, warnt die Wähler, daß sie sich vor der Wahl gewissen Per-  
sonen schon verbindlich machen. Unsere Gegner werden jedesmal  
von einer heillosen Angst befallen, wenn sie daran denken, daß ein  
Klotz ins Reichs-Parlament seinen Eingang halten könnte. Da vor  
zwei Jahren nur noch 12 Stimmen fehlten, so muß es uns in  
diesem Jahre gelingen, dem Genossen Landwirt Hermann  
Schmidt zum Siege zu verhelfen. Den hier herrschenden Miß-  
ständen muß ein Damm entgegengesetzt werden. Der neue Amts-  
vorsteher scheint sich besonders zur Aufgabe gemacht zu haben, die  
Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir haben den Kampf nicht zu  
fürchten und werden ihn aufnehmen. Darum Genossen, ans  
Werk!

**Obendorf, 23. März.** (Zur Gemeindevorstand-  
wahl.) Am Freitag den 23. März, nachmittags 3 Uhr, findet hier  
die Wahl eines Gemeindevorstandes statt. Die Wähler der dritten Ab-  
teilung werden ersucht, ihre Stimme dem Maurer Andreas Schmidt  
zu geben. —

**Fermerleben, 22. März.** Die Zahl der Abonnenten  
wächst. Die letzte Agitation für die „Volkstimme“ hatte in unserm  
Orte einen sehr günstigen Erfolg: nicht weniger als 36 neue Abon-  
nenten wurden gewonnen; bei weiterer 22. März die Entschlüsselung noch  
anz. — Arbeiter allerorts, macht's nach! —

**Groß-Ottersleben, 22. März.** (Zur Gemeindevorstand-  
wahl.) Am Donnerstag den 24. d. M., abends 8 Uhr, findet im  
Rathhof eine Gemeindevorstandswahl statt. —

**Klein-Ottersleben, 22. März.** (Versammlung.) Am Sonn-  
abend den 19. d. M. tagte im Schützenlokal die Mitglieder-Ver-  
sammlung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Ottersleben. In  
derselben wurde für Klein-Ottersleben eine selbständige Filiale ge-  
gründet. In den Vorstand wurden die Genossen Herwig als Vor-  
sitzender, Fallner als Kassierer und Fleming als Schriftführer  
gewählt. Pflicht eines jeden Genossen ist es nun, rege für den Verein  
zu agitieren, zum Vorgehen derjenigen, welche uns „vernichten“ wollen.

**Salze, 22. März.** (Auf zur Wahl!) Arbeiter, Partei-  
genossen! Da einer unserer Genossen durch irgendwelche Beeinträchtigung  
die Kandidatur zur Gemeinde-Vereinerung als Kandidat zurück-  
gelegt und es vorgezogen hat, unter Organisation der Kluden  
zu treten, so überlassen wir es den Wählern der 3. Klasse selbst ihre  
Handlung danach einzurichten. Es gilt deshalb nun, dafür Sorge zu  
tragen, daß das eine Mandat der 3. Wahlabteilung, welches wir bis  
dato innehaben, uns auch erhalten bleibt.

Arbeiter, Parteigenossen! Benutzt die kurze Spanne Zeit bis  
zum Wahltage, um alle sämigen und lästigen Wähler aufzuklären,  
damit wir hier nicht das Schauspiel erleben wie in Weßberg, wo  
durch die Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit der Genossen, die es nicht  
der Mühe wert gehalten haben, ein paar Stunden Arbeitsverdienst  
zu opfern, das Mandat verloren gegangen ist. Es muß alles daran  
gesetzt werden, unsern Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Erscheint  
deshalb Mann für Mann am Donnerstag den 24. März 1904,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Rathhof zum Landhause“ und gebt eure  
Stimme dem Lagerhalter Julius Sahn. —

**Burg, 21. März.** (In der letzten Stadtver-  
ordneten-Sitzung) wurden nicht weniger als 44 Punkte erör-  
tert, von denen die wichtigsten hier mitgeteilt sein mögen. Die  
Bestellung des Personalführers für kommunale Zwecke wird  
dem Führern R. Siebert unter der Bedingung übertragen, daß  
pro Tag und Gespann 10 Mark, außerdem für den Fischer pro  
Tag 1 Mark Krügelgeld zu zahlen sind. Zum Selbstschulden für die  
Gemeinde überfunder wird der Ackermann Herr C. Lüderich be-  
stimmt. Ein Antrag des Magistrats auf Gewährung von Freischule  
in der Bürgerschule für den Knaben Alfred Steffen wird auf An-  
trag des Herrn Antsch in geheimer Sitzung beraten. Der  
Antrag betreffend die Regelung des Grundbesitzes sowie der  
Alterszulagen der Lehrer und Lehrretinnen an den bestehenden  
städtischen Schulen wird zwecks nochmaliger Vorprüfung einer  
Kommission überwiesen. Dem Gemeindevorstand von St. Nikolai  
wird zu den Kosten der Neubildung der Kindertänze ein Fi-  
skalbeitrag von 986,82 Mark bewilligt; ebenso wird der Hand-  
arbeitslehre Frauentein Böttcher, welche nach 3jähriger Tätig-  
keit an der hiesigen Volksschule mit dem 1. April in den  
Jubiläum tritt, eine jährliche Unterstützung von 180 Mark ge-  
währt. Das Bürgerkriegs-Drispatut wird dahin abgeändert, daß  
fernerhin die zu zahlenden Bürgerkriegssteuer von sämigen Zahlern  
nicht mehr auf dem Wege der Abgabe, sondern auf dem des Ver-  
waltungsabgabensverfahrens eingetrieben werden.

Das Projekt der Anlage eines städtischen Elektrizitätswerks  
scheint nun doch beinahe seinem Anfang entgegenzugehen. Vorher  
soll aber erst noch ein Studium gewonnen werden, der von Galt  
zu Hans geht und die Entschäner von den Vorarbeiten einer der-  
artigen Anlage informiert. Fällt die Beteiligung stark genug  
aus, dann soll mit dem Bau, der voraussichtlich 300 000 Mark  
kosten und zum 1. April 1906 fertiggestellt sein soll, begonnen wer-  
den. Für die im Armenthale angelegten Gemeindefriedhöfe soll  
eine besondere Bedacht erachtet werden, damit dieselben nicht  
wichtig haben, mit den Armenhausinsassen zusammen den gleichen  
Bedeutung zu bewahren. Die Kosten betragen 550 Mark. Dem

**Schlossermeister Soltan** wird die Unterhaltung der rathauslichen  
Mikrophonanlage für eine jährliche Vergütung von 70 Mark über-  
tragen. An Stelle des verstorbenen Professor Matthias wird Herr  
Matthias in die Schuldeputation gewählt. Zweck Durchlegung der  
Molltestraße bis zum Schützenplatz sollen mit dem Maurermeister  
Steinbock 688 Quadratmeter Gartenland ausgetauscht werden.  
Da aber Herr Steinbock die doppelgroße Fläche an „Bauland“  
hafür beansprucht, lehnt die Verwaltung unter Bewilligung  
des Entgeltungsverfahrens den Antrag ab.

Die Umwandlung eines Teiles des Kaiser-Wilhelmsplatzes  
(3 Morgen von 8 Morgen ganzer Größe) in einen Verschöner-  
ungsplatz ist nun auch endlich beschlossene Sache. Nachdem es ge-  
lungen ist, den Bepflanzungsplan von dem königlichen Garten-  
techniker Herrn Schmidt gratis zu erlangen und der Verschöner-  
ungsarbeiten die Anlagen beim Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf seine  
Kosten herrichten lassen will, soll die Anlage der noch not-  
wendig werden Baumanspflanzungen, Rasenflächen und Wege  
aus den hierzu vorhandenen Mitteln bestritten werden mit der  
Wahrgabe, daß der Platz zwei schräg über denselben führende, sich  
kreuzende Wege bekommt. Öffentlich wird man bei der Ausfüh-  
rung der Anlage keine Pflanzungsfreiheit wailen lassen, damit nun  
auch etwas der Größe der Stadt und der Lage des Platzes Ent-  
sprechendes zustande kommt. —

**Burg, 22. März.** (Unfälle.) Gestern mittag verunglückte  
ein hiesiger Schneidermeister in der Parkstraße dadurch, daß ihm  
ein neben einem Gespann lose mitgeführtes junges Pferd heranzog  
die Brust schlug, daß der Bedauernswerte bestunntlos zusammen-  
brach. Es ist eine alte Unfälle, hauptsächlich der hiesigen Arbeiter,  
junge, noch nicht eingespante Pferde an der Seite neben den Zug-  
pferden gehen zu lassen, gegen die im Interesse der ganzen Einwohners-  
chaft einzuschreiten, die Polizeiverwaltung alle Veranlassung hätte. —  
In der Zimmermeister Eggershölle sprang heute vormittag  
eine Ratte mit solcher Wucht aus der Kreisfläche, daß sie dem in der  
Nähe beschäftigten Straßenpolier Michailis den Oberschenkelknochen  
erschlug. W. wurde in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Was  
die Veranlassung war, den Patienten nicht in das Magdeburger  
Krankenhaus zu überführen, wo er doch unter ständiger ärztlicher  
Aufsicht ist, konnten wir bis jetzt nicht in Erfahrung bringen. —

**Salze a. S., 23. März.** (Wegen angeblicher Ver-  
leibigung und Mißhandlung eines Arbeitswilligen) fanden die Genossen Maurer Fr. Högel und Franz Wehe aus  
Salze a. S. vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Anklage vertrat  
als Anwalt Bürgermeister Mittelstädt, bekannt durch  
seine Abneigung gegen die Organisationen der Arbeiter und haupt-  
sächlich gegen den „allmächtigen Maurerverband“, den Högel und der  
Junge Mittel vertrat. In seinem Eifer, die Anklage ausrecht-  
fertigen, um eine „recht scharfe, exemplarische Strafe“ für den  
„Terrorismus des Högel“ durchzusetzen, versuchte er diesen als „vor-  
bestraft“ hinzustellen. (Högel ist aber noch nicht vorbest-  
raft!) Der Anwalt beantragte denn auch für Högel 3 Monate  
Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte gegen Högel tatsächlich auf die  
horrende Strafe von 6 Wochen Gefängnis und gegen Wehe auf  
30 Mark Geldstrafe bzw. Haft sowie Tragung der Kosten und  
Publikation des Urteils. Wegen dieses Urteil ist sofort Berufung an-  
gemeldet. Der Anwalt hat auch Berufung eingelegt. —

**Schönebeck, 22. März.** (Wieder einmal der Herr  
Kommissar!) Am Sonnabend mittag, einige Zeit vor Beginn  
der Arbeit, standen mehrere Arbeiter der Firma „Metallindustrie“  
in Schönebeck auf der Straße, weil sie noch nicht in die Fabrik-  
räume eingelassen wurden, ohne jedoch den Verkehr zu hindern.  
Jetzt kam der Polizeikommissar zur Linde und forderte  
die Arbeiter im „militärischen“ Tone auf, weiter zu gehen. Einer  
der Arbeiter erbot sich jedoch von dem Herrn, als Mensch und  
Steuerzahler eine anständige Behandlung, worauf ihn  
der Herr Kommissar an den Hals fuhr und das Gesicht am Hals  
gerihr, stellte dann seinen Namen fest, und drohte ihm, ihn zu  
berhaften, wenn er nicht ruhig wäre! Als nun die Fabrik  
geöffnet wurde, folgte der Herr den Arbeitern auf dem Fuße  
zum Portier und stellte hier nochmals den Namen des Ver-  
weirers fest, der sich eine anständige Behandlung erbeten hatte!  
Wir haben wirklich keinen Ausdruck für eine derartige Handlungs-  
weise des Vorgesetzten der Polizisten in Schönebeck; denn wenn  
der Kommissar in dieser Weise vorgeht, was soll man da von den  
Untergebenen erwarten. Es wird wirklich die höchste Zeit, daß  
unser Genossen vom Rathaus aus gegen ein solches Verhalten  
energisch Front machen! —

**Muselburg, 22. März.** (Der Ausfall der Wahl.) Am  
Dienstag den 15. März fand hier die Gemeindevorstandswahl statt.  
Aufgestellt war der auf der Straße „Gerritte“ beschäftigte Zimmer-  
mann Wilhelm Enge, dem von unserer Seite der Handelsmann An-  
dreas Tacke als Kandidat gegenüberstand. Auf Straße „Gerritte“  
wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt; die Freischicht mußte nachts  
12 Uhr nochmal anfahren, damit die Arbeiter früh um 10 Uhr nur  
ja ihr Wahlrecht ausüben konnten. Enge siegte denn auch mit großer  
Majorität, während Tacke nur wenige Stimmen erhielt. —

**Wahlkreis Neuhaldensleben — Wolmirstedt, 22. März.**  
(Die Herren unter sich.) Am Sonnabend den 19. März  
hielten die hochwichtigen Herren Konserbativen aus dem Kreise  
Neuhaldensleben-Wolmirstedt in Magdeburg im „Central-Hotel“  
unter Vorsitz des Rechtsanwals Fahrig eine Versammlung ab.  
Der Landtagsabgeordnete Freiherr v. Redlich — Neuhalden gab einen  
Bericht über die politische Lage. Unter anderem teilte er mit, daß  
es hoffentlich gelingen werde, die Kanalvorlage zu beseitigen, da  
die Regierung erfreulicherweise es an Entgegenkommen  
nicht fehlen ließe. Herr von Redlich behauerte das Ueberge-  
wicht des Zentrums, das seine ausschlaggebende Stel-  
lung zur Erreichung kirchlich-politischer Konzeptionen ausnütze. (Kon-  
kurrenzneid! Ann. d. Ned.) Die Sozialdemokratie, meinte der  
Herr, habe zwar ein gründliches Flasio gemacht, jedoch müsse man  
im Lande auf der Hut sein und die Freilehren bekämpfen. (Zur  
„Central-Hotel“? Ann. d. Ned.) Nach Beantwortung einiger  
Fragen gingen die Herren auseinander mit dem Gebanten, nach  
ihrer Art ihre Schuldigkeit im Dienste des heurigen Staats getan  
zu haben. Irgendwelche Opposition wurde natürlich nicht bemerkt.

**Keine Nachrichten aus dem Lande.** Vor dem Tode des  
Ertinkens demohrt wurde in Dschersleben durch das rasche Hilfe-  
bereite Eingreifen des Kaufmanns G. Götsch am Sonntag nachmittag  
der etwa 16 Jahre alte Kaufmannslehrling M. Der junge Mensch  
bergingte sich auf dem hinter der Badeanstalt liegenden Fluß, kam  
dem Rande zu nahe und stürzte in die Tiefe, aus der ihn Herr Götsch  
mittels einer Stange, die er dem mit den Becken Rändern hinab-  
reichte, herauszog. — Fischfelder in Schönebeck schreibt: „Heute  
wurde uns ein Matkater namens Willi Meyer freundlichst überreicht.  
Wir entrichteten dafür den üblichen Obolus.“ Ein getaufter Matkater  
also — hm — ganz wie Fischfelder selbst. —

### Bermischte Nachrichten.

**Das Abbitten der Kinder.** Sehr beherzigens-  
werte Betrachtungen hat Aimee Duc in der „Pädagogischen  
Zeit“ über das Abbitten der Kinder nach einer begangenen  
Unart angestellt, das ja im Register der häuslichen Pädagogik  
die erste Stelle einnimmt. Es besteht im Vorbringen der  
Phrasen: „Ich will jetzt immer recht artig sein!“ oder: „Ich  
will es nie wieder tun!“ Seider glücken viele Eltern und



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 71.

Magdeburg, Donnerstag den 24. März 1904.

15. Jahrgang.

## Ein neuer Anschlag auf die Volksrechte.

Von einer Seite, die schon mehr als einmal mit wichtigen Nachrichten über geplante Anschläge der Scharmacher aufwartete, wird der Breslauer „Volkswacht“ der folgende Aufruf zur Bekämpfung des Reichstagswahlrechts zugesandt, den auch wir hiermit in seinem ganzen Inhalt veröffentlichen:

### Eine Anregung zur Gründung eines Vereins zur Herbeiführung einer Reform des Reichstagswahlrechts.

Jeder Gebildete wird einsehen, daß die Sozialdemokratie, welche bei der Reichstagswahl über drei Millionen Stimmen erhielt, und welche seit 1898 über 900 000 Stimmen gewann, nach so großen Erfolgen, wahrscheinlich noch weitere Fortschritte machen wird, so daß man sich mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß die Sozialdemokratie, namentlich wenn sie künftig mehr Erfolg bei den Stichwahlen hat, bald die Majorität im Reichstag erlangen wird, oder wenigstens so viele Stimmen, um mit Hilfe der erklärten Reichsfeinde, der Polen, Welfen, Essäfer usw., eine Majorität bilden zu können.

Wie leicht kann es dahin kommen, daß die Links-Parteien, in ihrer Not und Eile, Mandate zu erlangen, feste Wahlbindnisse mit der Sozialdemokratie abschließen, so daß letztere bei den Stichwahlen, wo sie bisher recht schlechte Geschäfte machte, die doppelte Anzahl Mandate erwerben könnte.

Was hätten wir dann von einer solchen sozialistischen Reichstags-Majorität, wenn sie nicht total aus der Rolle fallen will, zu erwarten?

Doch zunächst sicher die Verweigerung aller Mittel für Flotte und Heer und statt dessen die Schaffung eines Militärs mit selbstgewählten Offizieren. Davon wäre die sichere Folge, daß Frankreich und Rußland, vielleicht auch England, über das dann wehrlose Deutschland herfallen, uns nach einem schrecklichen Blutbad besetzen, uns einige Provinzen und 10 Milliarden abnehmen, und unsre jetzige Freiheit, Glück und Wohlstand vernichten würden. Die Schreden der Fremdherrschaft, wie Deutschland sie unter Napoleon I. kennen lernte, würden auch heute niemand gefallen, weder den Katholiken noch den Evangelischen, weder den oberen noch den unteren Klassen, aber das eine Gute würde eine russische Okkupation uns wohl bringen, nämlich ein gründliches Aufräumen mit der Sozialdemokratie und dem, was sie groß zog, dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Redefreiheit usw.

Uebrigens — wer weiß, wie bald uns auch ohne Krieg bei weiteren sozialdemokratischen Wahlerfolgen, eine gelinde Fremdherrschaft drohen würde, denn das oft proklamierte Endziel der Sozialdemokratie ist bekanntlich die Republik, also die gewalttätige Entthronung unsrer Fürsten.

Jedenfalls wird niemand unsern bedrohten Fürsten verdenken, wenn sie sich nicht gebuldig den Strid um den Hals legen lassen, sondern sich wehren gegen revolutionäre Bewegungen durch Allianzen mit andern gleichfalls bedrohten Fürsten schließen werden. Ein Vorgehen mit dem die Wohlthäter im Reich heute einverstanden sein werden, um so mehr, als durch eine derartige russisch-deutsche Allianz die Gefahr eines russisch-französischen Angriffs auf Deutschland so gut wie beseitigt wäre.

Ein Hauptkriterium der Sozialdemokratie ist bekanntlich eine in Aussicht gestellte Konfiskation aller Privatbesitze.

Wir wollen annehmen, daß es dahin nicht kommen wird, aber jedenfalls wird eine sozialistische Reichstagsmehrheit, um einen kleinen Teil der Versprechungen, mit denen sie die große Masse gelbdeht hat, wahr zu machen, nicht umhin können, ganz exorbitante Steuern für alle größeren Einkommen auszusprechen. Jetzt müssen reiche Leute bekanntlich schon (mit den Kommunalsteuern) 8—20 Prozent Einkommensteuer zahlen. Die Sozialdemokratie wird den Reichen doch sicher 2—3 mal so viel aufpacken. Dies dürfte die Wirkung haben, daß jeder Wohlhabende, wenn er irgend kann, auswandern wird. Daß eine starke Auswanderung wohlhabender Leute für die Zurückbleibenden, namentlich für die andern und Mittelklassen eine kolossale Schädigung, wenn nicht Ruin bedeutet, wird jedermann begreifen.

Ferner weiß jedermann, daß wenn die Sozialdemokraten zur Herrschaft gelangen werden, sie die Kirche, und namentlich die katholische, die sich länger als ein so mächtiges, unerschütterliches Bollwerk gegen die Sozialdemokratie erwiesen hat, aufs Messer beschnitten würden.

Man wird sich nicht verhehlen dürfen, daß jetzt, wo den Sozialdemokraten eine Reichstagsmehrheit, also die Herrschaft sehr erreichbar erscheint, sie von jetzt ab mit verdoppelter Energie bei den Soldaten, Reservisten, Unteroffizieren wählen wird. Und wann sollte das erfolglos sein?

Ebenso wenig wie es erfolglos sein wird, wenn die Sozialdemokraten, wie zu erwarten, die 5 Jahre bis zur nächsten Reichstagswahl sich mit verdoppelter Eifer damit beschäftigen werden, die ländlichen Tagelöhner gründlich darüber zu belehren, wie sie ohne Gefahr der Entdeckung, im Klostert, sozialistische Stimmzettel in das Kuvert hineinzupraktizieren können.

Schon bei der Wahl im Juni v. J. sollen die Tagelöhner auf den Gütern in der Nähe von Berlin in den wenigen Wochen seit Bestehen des Klostertgesetzes mit hübschem Erfolg in dieser Richtung angelehrt worden sein und sozialistisch gewählt haben, wo früher immer konfessionell gewählt worden ist. Dies nur einige der Gefahren, welche uns ein ferneres Anwachsen der sozialdemokratischen Reichstagsmandate bringen kann! Die Gefahrenliste ließe sich leider noch erheblich verlängern, wir meinen aber, daß obiges schon genügen dürfte, um jeden Patrioten zu veranlassen, gleichviel ob katholisch oder evangelisch, ob reich oder arm, mit aller Macht dahin zu streben, daß wir keine sozialistische Reichstagsmehrheit bekommen. Und da bei der großen Masse, wie die letzten dreißig Jahre bewiesen haben, weder die größten Wohlthäter noch Gründe der Vernunft, noch der Moral ziehen, wenn ihre bösen Instinkte, ihre Begehrlichkeit, ihr Neid, ihre Genußsucht durch gewissenlose Agitatoren aufgeschürt werden, so bleibt nichts andres übrig, als daß man jetzt, wo es noch Zeit ist, wo unsre Arme noch intakt ist, das Reichstagswahlrecht soweit reformiert, wie nötig ist, um die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit gründlich zu beseitigen.

Hierin liegt nichts Ungerechtes, denn die Sozialdemokraten haben unzähligmal erklärt, daß sie, wenn sie zur Macht gelangen, sich nicht scheuen werden, rücksichtslos jede Gesehänderung vorzunehmen, die ihnen für ihre Zwecke gut dünke, ebenso, wie sie heute schon überall, wo sie im gewerblichen Leben, in Kassen usw. zur Macht gelangt sind, diese Macht durch rücksichtslosen Terrorismus ausüben.

Und im übrigen meinen wir, daß, wenn jemand ganz ungeniert erklärt, er will, sobald er die Macht hat, mein Haus anzünden und mich herauswerfen und todschlagen, der darf sich doch nicht beschweren, daß ich mich gegen solche Angriffe wehre, so lange ich noch kann. Aber damit nicht gesagt werden kann, daß wir der Sozialdemokratie in obigem Aufruf tun, bringen wir in einer Schrift, betitelt: Sozialistische Ziele (Verlag . . . à 10 Pfg.) eine recht reiche Sammlung von Zitaten aus sozialdemokratischen Reden, Schriften und Abstimmungen als Belege für unsre obigen Behauptungen.

Da es nun nicht unmöglich ist, daß der jetzige Reichstag, trotz des Anwachsens der Sozialdemokratie, die wichtigsten Vorlagen, wie die Handelsverträge, glatt bewilligen wird, so ist zu fürchten, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien sich vorläufig bei den jetzigen Zuständen wieder beruhigen und also nichts Ernstliches gegen das fernere Anwachsen der Sozialdemokratie unternehmen werden.

Daher soll hier vorgeschlagen werden, nach dem Beispiel des Plottenvereins einen Verein zu gründen, der hoffentlich eine so zahlreiche Mitgliederzahl und solches Ansehen erlangt, daß er infolge dessen, durch unablässiges Agitieren einen genügenden Einfluß auf die Regierung und auf die staatsbehaltenden Parteien im Reichstag ausüben zu können, um dieselben zu veranlassen, schleunigst, aber in geheimer Weise das Reichstagswahlrecht zu reformieren.

Die Gründung des Vereins müßte von angesehenen Männern aller Parteien und Konfessionen ausgehen, in erster Linie aber von einflussreichen Katholiken, dann von Professoren, Richtern, Abgeordneten der Einzelstaaten, Bürgermeistern, Räten, Richtern, angesehenen Bürgern, Hofbesitzern, vor allem aber müßte man den Mittelstand, Handwerker, Bäcker, Bauern usw. zu gewinnen suchen — während ablige, konfessionelle Herren, Beamte und Offiziere sich bei der Gründung eines solchen Reform-Vereins etwas zurückhalten sollten, damit dem Verein nicht nachgesagt werden kann, daß er eine reaktionäre Sache sei.

Keinesfalls müßten Reichstags-Abgeordnete dem Verein angehören, weil diese Herren ihre Wahl dem allgemeinen und geheimen Wahlrecht verdanken, und in den Wählerversammlungen zu oft gedrängt worden sind, Erklärungen zugunsten des allgemeinen und geheimen Wahlrechts abzugeben.

Ebenso wenig darf man von der Presse eine erhebliche Unterstützung des projektirten Vereins erwarten, denn trotzdem mancher Zeitungsbeiziger, selbst von freisinnigen Vätern u. im stillen Kämmerlein das jetzige Wahlrecht für zu allen Theilen gewünscht haben wird, so wird kaum ein Blatt, selbst konservativer Richtung existieren, das schon, um im Wahlkampf die Kandidaten seiner Partei zu unterstützen, sich nicht für das jetzige Wahlrecht engagieren müßte; außerdem wollen die Blätter so viele Abonnenten wie irgend möglich haben, und da neun Zehntel aller Blätter auch auf die breite Masse rechnen, so darf doch in diesen Blättern nichts gesagt werden, was die breite Masse verletzen könnte.

Der projektirte Verein müßte einen kleinen Jahresbeitrag erheben, z. B. 50 Pfg. jährlich, wofür den Mitgliedern von Zeit zu Zeit kleine Flugblätter zugestellt werden müßten mit nützlichen Belehrungen, auch z. B. über die in andern Ländern, z. B. in Belgien, geltenden Wahlrechte.

Reiche Leute müßten gebeten werden, größere Beiträge beizusteuern. Die Mitgliederlisten müßten geheim gehalten werden, um Nachtheile der Sozialdemokraten zu vermeiden.

Der Verein müßte einige talentvolle Sekretäre gegen Honorar engagieren, um eine permanente Agitation durch Schriften und durch Einwendungen an die Presse im Gange zu halten.

Versammlungen zu arrangieren, wäre wohl bedenklicher, weil die Sozialdemokraten schon zu hören wissen würden, und weil der ruhige Bürger eine berechtigete Scheu haben wird, Versammlungen zu besuchen, in denen er Brutalitäten und Prügeln ausgesetzt ist.

Dahingegen wären folgende Agitations-Methoden, vorausgesetzt, daß die dafür erforderlichen großen Mittel vorhanden sind, zu erwägen:

Man sollte eine Massenpetition an den Reichstag in der Art in Szene setzen, daß man möglichst vielen Wählern eine Petition an den Reichstag (etwa in Form wie Seite 8) ins Haus schießt. Das ließe sich in verschiedener Weise bewerkstelligen; ganz andernfalls, daß man außer in den hoffnungslosen städtischen Arbeiter-Quartieren Flugblätter mit der Petition Haus bei Haus durch sichere Leute (wenn solche zu haben) verstreichen und nach einigen Tagen die Petitionszettel abholen ließe.

Da aber zuberlässige Leute schwer zu haben sind, so wäre es wohl einfacher, man verschaffe die Flugblätter mit der Petition gelegentlich als Beilage durch stark geleseene Zeitungen. Die sozialistischen Zeitungen werden sich natürlich weigern, solche Beilagen zu bringen, aber alle andern Zeitungen bringen doch anstandslos jede Annonce, also warum nicht auch diese?

Im übrigen steht es ja jeder Zeitung frei, im redaktionellen Teil jede Verantwortlichkeit für diese Petition abzulehnen.

Wenn man bedenkt, daß manche Blätter, wie General-Anzeiger, über 100 000 Abonnenten haben, und daß diese 100 000 mittels obiger Agitations-Methoden gleichzeitig aufgeföhrt werden, auch in ihren Bekanntheitskreisen Unterschriften für den beiliegenden Petitionszettel zu sammeln, so kann man vielleicht durch ein einziges derartiges Blatt 100 000 Unterschriften erlangen, und da es sehr viele derartige Blätter mit starker Abonnentenanzahl im Deutschen Reich gibt, an die man sich gleichzeitig oder auch nacheinander wenden könnte, so kann man ja vielleicht eine Million oder mehr Unterschriften für eine Petition erlangen, die dann doch wohl Gehör finden wird.

Die Zeitungen, welche den Aufruf und den Petitionszettel als Beilage bringen, müßten im Hauptblatt eine hinweisende Notiz bringen, weil sonst die Gefahr besteht, daß sozialistisch angehauchte Ausdrücke diese Petition unterlagern.

Die Sekretäre des Vereins müßten ferner die sozialistischen Reden und Schriften (auch die der Vergangenheit) gründlich durchforschen und alles Nützliche herausziehen und publizieren. Namentlich müßten alle solche sozialdemokratischen Neuherungen, in denen das sogenannte Klostertgesetz (ein war) oder eine Aenderung der Wahlkreis-einteilung gefordert wurden, sorgfältig gesammelt und in oben erwähnten Blättern publiziert werden, um schlagend zeigen zu können, daß wenn wir eine Aenderung des Wahlrechts anstreben, wir nichts tun, als was die Sozialdemokraten auch tun und getan haben.

Im übrigen müßte das Sekretariat, das aus den drei hervorgehen, aufgegeben werden. Die Agitation müßte offen und gerade heraus erklärt werden, daß wir, die gebildeten und besitzenden Klassen, nicht gewillt sind, uns von den ungebildeten Klassen, auch wenn sie numerisch die Ueberzahl haben, unterjochen zu lassen.

Welcher Art die Aenderungen des Wahlrechts sein müßten, um unser Vaterland vor einer sozialistischen Reichstagsmajorität, das heißt vor dem sicheren Verderben zu schützen, das mögen klügere Leute entscheiden.

Uns scheint man brauchte gar nicht an dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zu tüdeln. Man braucht nur

1. die Wahl, wie Bismarck anfänglich vorschlug, öffentlich zu machen;
  2. das Wahl-Alter auf dreißig Jahre heraufzusetzen und
  3. eine 2—3jährige Seßhaftigkeit im Wahlbezirk und
  4. Wahlpflicht zu stipulieren.
- Erschient das nicht genug, so könnte man
5. das System der Rufab-Stimmen, wie in Belgien, einführen.

Aber letzteres dürfte kaum nötig sein.

6. wäre sehr zu erwägen ein von anderer Seite gemachter Vorschlag, die Zahl der Reichstagsmandate um ein Drittel zu vermehren und dieses Drittel von Handels- und Landwirtschaftskammern, Hochschulen, Gewerbekammern, von der Weisheit, der Magistraten und eb. von andern Berufsständen wählen zu lassen.

Dieser Vorschlag hätte unter andern den großen Vorteil, daß man dann das jetzige Wahlrecht ganz unverändert lassen könnte.

Man könnte den sozialistischen Führern die Form vielleicht etwas verfeinern, indem gleichzeitig Blätter bewilligt würden, nicht zu hohe, und ferer eb. dadurch, daß das preussische Wahlrecht etwas liberaler gestaltet würde.

Gegen das geheime Wählen läßt sich mancherlei anführen, unter andern, daß auch heute das Geheimnis der Wahl keineswegs konsequent gewahrt ist. Fast die Hälfte aller Wahlen sind Stichwahlen. Hierbei kommt es fortwährend vor, daß eine Parteileitung Wahlenthaltung diktiert und bekanntlich haarstarr kontrollieren kann, wenn einer ihrer Parteigenossen doch sich einschießen lassen sollte, trotzdem zu wählen. Ein Arbeiter zum Beispiel würde in solchem Fall, wenn das sozialdemokratische Komitee Wahlenthaltung proklamiert hat, für seiner Untertreue sicher fähig bestraft werden.

Wo bleibt da das Geheimnis der Wahl?

Auch das neue Klostert schließt das Geheimnis durchaus nicht sicher, denn die Sozialdemokraten können nach wie vor ihre Mannen bis zum Eintritt ins Klostert kontrollieren, und da dort keine Stimmzettel ausliegen dürfen, so wird ein einfacher Arbeiter es gar nicht fertig bringen, den sozialdemokratischen Zettel, der ihm vor dem Klostert in die Hand gedrückt ist, gegen einen andern, den er vorher sorgfältig versteckt haben mußte, geschwind zu vertauschen, um so weniger, da die Tür des Klosterts in den meisten Fällen offen stehen wird, und der Arbeiter fürchten wird, doch beobachtet zu werden.

Und was nun die Forderung der zwei- bis dreijährigen Seßhaftigkeit anlangt, so läßt sich solche u. a. damit begründen, daß die Sozialdemokraten heute bekanntlich, wenn sie einen Wahlkreis erobern wollen, sehr oft das Manöver ausführen, aus benachbarten Kreisen so und so viele Arbeiter zu kommandieren, oft nur zum Schein für einige Wochen in dem betreffenden zu erwerbenden Bezirk nomieell eine Schloßstelle zu mieten und sich politisch anzumelden, womit das Wahlrecht dann von erworben ist.

Da anständige und seßhafte Leute solche Manöver nicht aufführen können, so liegt hier eine schwere Benachteiligung der besitzenden Klassen vor.

Da es ohnehin ein Nonens, eine große Ungerechtigkeit ist, wenn ein Bogabund, der dem Staate keinen Pfennig Steuern zahlt, der ohne alle Bildung, also ein urteilloses Werkzeug in der Hand andrer ist, genau so viel Einfluß im Staate hat, wie ein Mann, der 10 000 Mark Steuern zahlt, oder der dem Staate durch seine durch 20 jähriges Studium erworbenen Kenntnisse dient, oder der als Arbeiter bei vielen tausend Arbeitern Brot gibt, so ist es ja eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, wenn ein solcher Bogabund bei dem jetzigen Wahlrecht noch obenrein derartige Benachteiligung, wie die vorhin geschilderte, genießt, die bei den letzten Wahlen in großartiger Weise in Szene gesetzt worden ist.

Belehrungen der unteren Klassen könnte man sich eigentlich als anstandslos sparen. Aber dennoch, aus Pflichtgefühl, könnte man ja immerhin den Versuch machen, durch periodische Massenversendungen von kleinen Flugblättern durch die Post in Fabrikschriften das Unwissen der Arbeiter über die Verhältnisse der sozialdemokratischen Kandidaten bei drei Millionen sozialdemokratischer Wähler zu beseitigen. Vielleicht gelingt es so, eine kleine Zahl zur Vernunft zu bringen.

Wir bezweifeln es! Man hat das Belehren ja 30 Jahre lang versucht, aber ohne allen Erfolg, und wenn unsre unteren Schichten so dumm sind, daß sie das Verwerfliche und Unausführbare der sozialdemokratischen Ziele gar nicht verstehen können und wollen, so dürfen sie sich wirklich nicht beklagen, wenn man ihnen etwas von dem in zu großem Vertrauen eingeräumten Einfluß im Staate, dessen sie sich unwürdig bewiesen haben, nimmt. Kinder kann man doch nicht die Herrschaft eines Landes übertragen, und ebensowenig Leuten, die wie Kinder urteils- und willenlos der Führung andrer folgen und nicht Recht von Unrecht zu unterscheiden vermögen.

Uebrigens soll hier durchaus nicht angestrest werden, den Arbeitern jede Betheiligung im Reichstag zu nehmen, das wäre ja ganz verkehrt! Aber 2 bis 3 Duzend sozialdemokratischer Abgeordnete würden doch völlig genügen, um die Reichstagsarbeiten und Wünsche der Arbeiter genügen zu befriedigen.

Offentlich finden unsre Regierung und unsre staatsbehaltenden Parteien den Mut, jetzt, wo die Armee noch sicher ist, zu handeln. Und offentlich stellt das Zentrum, in Erkenntnis der vaterländischen Pflicht zu erheblichen Gegenüberungen.

Letzteres ist auch wohl schon nicht zu befürchten, als die Kungen Zentrumskreise sich der Ansicht, die Sozialisten durch die Sozialisten durch schon erhebliche Eroberungen in gut katholischen Arbeiterkreisen gemacht haben und sicher weitere und erhebliche Eroberungen machen werden.

Man vergesse nicht, daß leider sieben Achtel unsrer Bevölkerung aus sogenannten Unvermögenden und Ungebildeten besteht, von denen man nicht erwarten darf, daß sie den durch Tausende von gewandten Agitatoren täglich gepredigten Lehren von ihrem guten Anrecht auf tausend ichne Dinge aus den Taschen der Wohlhabenden auf die Länge widerstehen werden.

Entwurf zu einer Petition an den Reichstag.

Wir bitten, das bestehende Reichstags-Wahlrecht

so zu ändern, daß die Gefahr einer sozialistischen Reichstags-Mehrheit beseitigt wird.

Name: Adresse:

Anleitung zur Benutzung des beiliegenden Petitions-Zettels.

Jeder Patriot wird gebeten, in Bekanntheitskreisen möglichst viele Unterschriften für diese Petition zu sammeln und dieselbe dann offen in einem Kuvert als Drucksache, oder, was sicherer, verschlossen als Brief franko an Herrn . . . . . in . . . . . abzusenden.

Petitionen mit vielen Unterschriften sollte man vorzugsweise als Brief, frankiert, verschlossen und eingeklebt absenden.

Wer das Porto sparen will, der mag eine unfrankierte Postkarte schicken.

Wenn der Letzt der Petition nicht zuzufügt, mag einen andern Wortlaut wählen. Es kommt ja nur darauf an, den Wunsch, daß das Reichstags-Wahlrecht im staatsbehaltenden Sinne revidiert werden möge, kurz auszudrücken.

Die Namen der Unterschriften werden nicht veröffentlicht.



Eingefahrt.

(Für diese Studie übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Die religiösen Frage.

Die meisten Arbeiter haben die freireligiösen Gemeinden nicht als ihre Überflüssigen, sondern sogar für schädlich, weil sie...

Wozu, so fragt man, freireligiöse Gemeinden? Die Kirche wird ja von selbst zusammenfallen, wenn erst der von der sozialdemokratischen Partei erstrebte Zukunftsstaat da ist.

Die Freireligiösen, allein auf politischem Wege vorwärts zu kommen, sind fähig. Es geht trotz des Anwachsens der Sozialdemokratie, das größtenteils auf Kosten der liberalen bürgerlichen Parteien erfolgt ist, langsam vorwärts.

Drei Jahrzehnte wird im neuen Deutschen Reich mit größter Kraftanstrengung und Opferwilligkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gerungen und gekämpft, und dennoch sieht es nicht besser aus.

Es würde bald anders aussehen, wenn man die Bedeutung einer geistigen, einer religiösen Freiheitsbewegung in Arbeiterkreisen ebenso erkennen würde, wie in den herrschenden Kreisen.

Die Freireligiösen, allein auf politischem Wege vorwärts zu kommen, sind fähig. Es geht trotz des Anwachsens der Sozialdemokratie, das größtenteils auf Kosten der liberalen bürgerlichen Parteien erfolgt ist, langsam vorwärts.

Es steht für mich unerschütterlich fest, daß ein solches Ereignis, eine neue religiöse Reform, unabsehbare Folgen haben würde auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens.

Es ist nicht die Kirche, die die Arbeiter von der Freireligiösen Bewegung abhält, sondern die Arbeiter selbst, die die Kirche als einen Überflüssigen betrachten.

Ich glaube, damit beiseite zu haben, daß die freireligiöse Bewegung keineswegs überflüssig ist, sondern daß sie, wenn das Volk nur wollen würde, leichter und schneller zu neuen, freien Zuständen führen würde als irgend eine andere, die mit unüberwindlichem Widerstande zu kämpfen hat.

Religion muß jeder denkende Mensch haben; denn Religion ist jede Welt- und Lebensanschauung. Herrscht eine vernünftige weltliche Religion, so muß darunter die ganze Kultur und Sittlichkeit des Volkes leiden.

Der Kampf um Götterfreiheit und Religion muß geführt werden, und zwar gerade in unserer Zeit, wo Zentrum Krampf ist und die Kirche alles in ihre Gewalt zu bekommen sucht.

Ich verlange nicht, daß die sozialdemokratische Partei als solche die freireligiöse Bewegung in die Hand nehmen soll; obgleich immerhin daran zu erinnern ist, daß im Parteiprogramm „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ das heißt Trennung von Staat und Kirche gefordert wird.

Wieder nach der Fröhen, und die Natur erwacht zu neuem Leben. Möchte auch ein anderer Frühling für die Menschheit bald anbrechen, möchte auch sie zu neuem Leben aus erstarren Formen

erlösen. Das Volk hat die Freiheit, warum haubert es, sie zu ergreifen? Ein Weg ist offen, warum ihn nicht beschreiten? Magdeburg, 18. März 1904.

Georg Kramer.

Marktberichte.

Magdeburg, 22. März. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg.

Viehmarkt.

Magdeburg, 22. März. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Austrieb 209 Rinder, 342 Kälber, 104 Schafweide etc., 1198 Schweine.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Harburg, Brauberg, Wittenberge), date, and water level changes (+/-). Includes a note: + bedeutet über - unter Null.

J. Brilles. Neustadt Lübeckerstrasse 118. Capelle zum Umzug. Auslastung - Einrichtungen, verstellbar bis ca. 1.40 Mtr. 50, 39, 40 Pf.

W. Land, Neustadt Lübeckerstr. 25a. 1103. Uhren. Gramophone-Platten, Nischen-Ausw., Goldwaren, Patent- u. Gelegenheits-Uhren.

W. Land, Neustadt Lübeckerstr. 25a. 1103. Tapeten. Neueste Muster, größte Auswahl.

W. Land, Neustadt Lübeckerstr. 25a. 1103. Uhren. Gramophone-Platten, Nischen-Ausw., Goldwaren, Patent- u. Gelegenheits-Uhren.

W. Land, Neustadt Lübeckerstr. 25a. 1103. Uhren. Gramophone-Platten, Nischen-Ausw., Goldwaren, Patent- u. Gelegenheits-Uhren.

J. Brilles. Neustadt Lübeckerstrasse 20. Ausnahmepreise für Gardinen 28 38 55 bis 100 Pf. Tischdecken, Läuferstoffe, Spachtel-Rouleaus, Möbelfransen, Anrichten.



Erzieher, daß ein Kind nach empfangener Strafe abbitten muß, um die Macht der Erzieher ganz zu fühlen, um sich unterzuordnen und jeden Stolz oder Trotz von sich zu werfen. Man erreicht dies auch in der Tat durch das Abbitten, wie man zu gleicher Zeit erreicht, daß das Kind charakterlos wird, daß es heucheln lernt und schließlich zu der Einsicht gelangt, daß es auf Abbitte hin wieder sündigen darf. Noch schlimmer aber ist es, daß durch die Unstille des Abbittens die Kinder zum Lügen und zur mangelnden Achtung vor den Eltern geführt werden. Das intelligente Kind fühlt es ganz genau, daß es ihm unmöglich ist, fest zu versprechen, diese oder jene kindliche Unart nicht wieder zu tun, und es fühlt ferner, daß die Eltern das genau wissen. Es merkt nur zu bald, daß man dieses Versprechen von ihm verlangt, um seiner Unart und Bestrafung einen offiziellen Schluß zu geben, um der unerquidlichen, beide Teile nicht befriedigenden Stimmung, die nach der Strafe zwischen Eltern und Kindern herrscht, abzuhelfen. Außerdem hat das Kind seine Strafe bereits erhalten und fühlt sich durch die Abbitte unnötig gedemütigt. Ganz etwas andres ist dagegen das „Umvergebung-bitten“. Ohne ein Kind dazu zu zwingen, sollte man auf sein Gemüt und Herz so weit einwirken, daß die Reue und der Schmerz, die Eltern gekränkt zu sehen, das Kind so weit bringen, daß es in weicher, sehnsüchtiger Stimmung zu den Eltern geht und vielleicht mit einem herzlichen Kuß um Verzeihung bittet. Dann aber fange man nicht mit neuen Ermahnungen oder Vorwürfen an, die das zarte, kindliche Feingefühl bitter verletzen würden. Man nehme den Versöhnungsversuch liebevoll an und lasse die Sache damit erledigt sein. —

**\* Neues über Farbenempfindung und Zeichenunterricht bei Kindern.** Interessante Entdeckungen über die Farbenvorstellungen der Kinder hat der italienische Psychologe Garbini gemacht. Von den 600 sechsjährigen Kindern, die er auf ihr Verständnis für Farbenamen untersuchte, konnten nur 210, also 35 Prozent, den rechten Farbenamen angeben. Die übrigen Kinder, die nicht etwa alle farbenblind waren, hatten noch nicht gelernt, mit der Farbenempfindung den rechten Farbenamen zu verbinden. Jahraus, jahrein werden unsre teils sehr schönen farbigen Anschauungsbilder den Kindern der Unterklasse vorgeführt, ohne daß wohl immer daran gedacht wird, wie ungeheuer schwer es dem Kinde sein muß, in die Worte des Lehrers den rechten Sinn zu legen, wenn der Lehrer die große Gefahr unberechtigter Voraussetzungen gering achtet.

Sehr mannigfaltig sind die Ueberraschungen gewesen, die die Analyse des kindlichen Gedankenkreises gezeitigt hat und die Lehrerschaft konnte sich einer gewissen Unruhe gegenüber den dadurch erwiesenen Tatsachen nicht erwehren. Noch hunderter wurde das Bild, als man dem Interesse des Kindes nachspürte. Um hier nur ein Beispiel zu geben, sei an die schon erwähnte erste Stufe der Kinderzeichnungen erinnert, an die „Stufe des sinnlosen Gefirgels“. Dies Gefirgel, bestehend aus einem Durcheinander langer, geschwungener Linien, weist uns darauf hin, daß das Kind den Sinn weitab geht von den Wegen, auf denen es jetzt noch geltende Methode des ersten Zeichenunterrichts wandelt. Unser erster Zeichenunterricht beginnt mit kurzen, geraden Linien und setzt sich später als sehr langames Zeichnen kleiner geradliniger geometrischer Figuren fort. Was die gerade Linie betrifft, so ist klar, daß das Kind niemals lernen wird, eine vollkommen gerade Linie zu ziehen, — es sei denn mit dem Lineal; ebenso klar ist, daß es keinen Zeichner gibt, der eine vollkommen gerade Linie zeichnen kann, — es sei denn am Lineal. Und weil dem so ist, darum nimmt jedermann, der eine gerade Linie zeichnen muß, ein Lineal dazu. Die Uebung im Zeichnen gerader Linien erlangt somit für das spätere Zeichnen gerader Linien keine Bedeutung. Dazu kommt, daß die gerade Linie in der Natur so selten anzutreffen ist. Rustin sagt: „Nicht eine Pflanze, nicht ein lebendes Wesen kann mit diesen Formen (geraden Linien) gezeichnet werden, kein jauchendes freihändiges Ornament, weder das fließende Wasser, noch die lodernde Flamme. Die Schule gibt abstrakte Formen, das Kind zieht Linien vor, die mit dem Gegenstand, dem geistigen Wilde oder der Erfindung verbunden sind; es trennt nicht Linien und Objekt, Ausdrucksmittel und Gedanken. Das Kind liebt Menschen, Pferde, Schiffe. Die Schule fordert von ihm Genauigkeit; es muß langsam und mühselig arbeiten, mit kurzen Strichen. Das Kind liebt die Freiheit, laßt es natürlich arbeiten, weiches Material benutzen, frei und schnell ausführen, die Ausführung freudig wiederholen, so wie es spielt! Spiel, nicht Geometrie ist der lebendige, freie, schöpferische Ausdruck

seiner eignen schöpferischen Kraft — die Grundlage aller schönen Kunst.“ In diesen wenigen Worten liegt ein ganzes Programm einer neuen Methode des ersten Zeichenunterrichts. —

### Militär-Suffiz.

Die Oeffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen ist gesetzlich garantiert; sie kann jedoch durch Gerichtsbeschluß ausgeschlossen werden, wenn sie eine „Gefährdung“ der öffentlichen Ordnung, insbesondere der „Staatsicherheit“, der „militärischen Interessen“ oder der „Stille“ bedrohen läßt.

Besonders häufig müssen die „militärischen Interessen“ bei Begründung des Ausschusses der Oeffentlichkeit herhalten; daß die Oeffentlichkeit meist ausgeschlossen wird, wenn Offiziere die Angeklagten sind, ist natürlich Zufall. Wie aber die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlung vollständig beseitigt werden kann, zeigte ein Beschluß des Kriegsgerichts der 4. Division Nr. 40 (Chemnitz). Es wird der Magdeburger „Volkstimme“ darüber aus Chemnitz geschrieben:

Wegen Achtungsverletzung und Ungehorsam hatte sich dort am Sonnabend der Brandversicherungs-Inspektor Holtz, Leutnant der Landwehr zweiten Aufgebots, zu verantworten. Vor Verlesung der Anklageverfügung wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wegen „Gefährdung militärischer Interessen und um dem berechtigten Ehrgefühl des Angeklagten Rechnung zu tragen!“

Welcher Art nun die „militärischen Interessen“ waren, entzieht sich unser Kenntnis; das aber war aus der Urteilsbegründung zu erfahren, daß der Angeklagte sich der ihm zur Last gelegten Delikte durch einen Brief schuldig gemacht hatte, in dem er es dem Oberleutnant B. vom Bezirkskommando Plauen anheimstellte, ihm — S. — eine Ehrenerklärung zu geben. Weshalb, wissen wir nicht, tut auch nichts zur Sache. Es handelte sich also um eine rein persönliche Angelegenheit der beiden Herren, bei der S. nicht den vorchriftsmäßigen Beschwerdeweg beschritten hatte. Er hätte sich an den Ehrenrat wenden müssen. Mit zwei Tagen Stubenarrest hat er seine Verletzung zu büßen. Die Strafe wurde so niedrig bemessen, weil sich der Angeklagte zur Zeit der Tat in „einer großen nicht unberechtigten Aufregung befunden“ habe. Doch das ist nicht die Hauptsache; wir wollen nur zeigen, auf welche Weise man sich der manchmal unangenehmen Oeffentlichkeit entledigen kann. —

Weil sie sich nicht wehren konnten... Wegen wiederholter Mißhandlung und Verleumdung von Untergebenen hatte sich der 27jährige Leutnant Wilhelm Walter vom 17. Infanterie-Regiment in Gernersheim vor dem Kriegsgericht in Landau, (Pfalz) zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte mehrere Rekruten beim Exerzieren so mißhandelt wie während der Instruktionstunden geohrfeigt, ins Gesicht und vor die Brust geschlagen hat. Einen Infanteristen packte er am linken Ohr und zog ihn vor die Front, so daß das Ohr blutete. Das Gericht verurteilte ihn zu 36 Tagen Stubenarrest.

Es gehört ein ganz besonderer Mut und ein ganz besonderes „Ehrgefühl“ dazu, mehrlose Untergebene zu mißhandeln. —

**Strafliche Furcht vor der Kaserne.** Die Flucht von drei Soldaten vom brandenburgischen Krainbataillon beschäftigte in seiner letzten Sitzung das Kriegsgericht in Spandau. Wie noch erkennlich sein dürfte, hatten sich vor einiger Zeit ein Gefreiter und zwei Gemeine von dem genannten Kruppen teil heimlich entfernt, nachdem der eine von ihnen durch allerhand Schwindeln für sich und seine Kameraden das nötige Reisegehalt zur Flucht beschafft hatte. Die Flüchtigen wandten sich zunächst nach Berlin, vertauschten in einem im Norden gelegenen Lokal ihre Uniformen mit Zivilkleidern und fuhren dann mit der Bahn nach Westpreußen, um von hier aus über die holländische Grenze zu gelangen. In Münster wurden die Deserteure jedoch ergriffen und nach Spandau zurücktransportiert. Das Kriegsgericht verurteilte den Häufelführer, dem auch die Unrechthaltungen zur Last gelegt worden, zu insgesamt 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; gegen seine beiden Leidensgefährten wurde wegen Fahnenflucht auf je 1 Jahr 8 Monate Gefängnis erkannt. —

**Aus Liebe zur Familie sich selbst verurteilt.** Wegen Selbstverwundung war der Musketier Pulod vom Infanterie-Regiment Nr. 88 in Dessau vor dem Kriegsgericht Halle angeklagt. Er hat in bester Absicht — dieses erkannte das Gericht auch an — um für Frau, Kind und Mutter sorgen zu können, versucht, sich mit einem stumpfen Messer ein Glied vom rechten Zeigefinger abzutrennen. Der verletzte Finger wurde aber so weit wieder hergestellt, daß der Angeklagte noch tauglich ist. Beantragt wurden 3 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte demgemäß, nahm nur versuchte Selbstverwundung als erwiesen an und rechnete 6 Wochen auf die erlittene Graft als verübt ab. Auch von der Verweisung in die zweite Klasse wurde Abstand genommen, weil der Angeklagte die Selbstverwundung nicht in böser Absicht begangen hatte. —

**Soldatensöhne leugnen immer.** Wegen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich der am 18. Juni 1883 in Niemegk (Regierungsbezirk Potsdam) geborene Unteroffizier Otto Friedrich Wabe von der 4. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 92 (Potsdam) vor dem Kriegsgericht in Chemnitz zu verant-

worten. Nach der Verlesung ist er von dem Kommandanten des Bataillons B. in die Mannschaftrunde zu rufen hat ihn hier an der Reule gepackt, gewürgt, mit dem Gesicht kräftigt und in der Mannschaftrunde gefesselt an einen Scheit anstieß; dann hat er B. zur Tür hinaus und gesagt: „Ich werde Dir helfen, Du Fieser!“ Das Urteil der Angeklagte dem Mißhandelten der Waffentrad anstößte, die Fesseln am Stragen abgerissen und ein kleines Loch durchbohrte. Der Angeklagte leugnete die Mißhandlung beharrlich. Der Mißhandelte hatte blaue Flecken am Hals und Schmetzen, sonst aber Nachteile nicht davongetragen. Durch die Vernehmung aufnahme wurde der Angeklagte für überführt erachtet und zu 2 Wochen Mittelarrest verurteilt. Das Gericht hat einen minder schweren Fall angenommen. —

### Literarisches.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ ist jetzt bis zum 12. Heft erschienen, das heute zur Ausgabe gelangt. Es bringt die Fortsetzung des herrlichen Romans „Die Abpiraten des Mississippi“ und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galeerenflotte“ von A. Dumas; sowie eine kulturhistorische Skizze „Eine Nacht durch das Gebiet des Berglaubens“, daneben „Dies und Jenes“, „Wiß und Gern“, „Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in unserer Buchhandlung „Volkstimme“ und bei den Zeitungs-Kolportageuren zu haben ist. Mit dem 1. Januar begann der neue Roman, der noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden kann. Wir empfehlen unsern Lesern das Abonnement. —

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Heft 3 ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Es behandelt: „Zur Gesundheitspflege des Nervensystems“ von Dr. Leo Hirsch, Arzt, Nervenarzt in Berlin. „Was kann und muß der einzelne tun und lassen, um im Reitalter der Nervosität sich und die Seinen vor Nervenleiden zu schützen?“ Das 1. Heft behandelt „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen“; das 2. Heft: „Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?“ Jedes der erschienenen Hefte kostet 20 Pfennig. —

### Bereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik sollen bis zum 25. März im Verlagsbüro für diesen Teil mit Recht der besten und billigsten Werbung beigelegt werden. Unberechnete erfolgt keine Aufnahme.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Versammlungen finden statt: Sonnabend den 26. März, abends 8½ Uhr, Bezirk Magdeburg (innere Stadt mit Friedrichsbad und Weider) in der „Häckerstraße“, Knochenhauerstraße 27-28; Bezirk Döbmitz bei Schinke; Branche der Klempner und Installateure in der „Bürgerhalle“, Tischlerstraße 28. Montag den 28. März, abends 8½ Uhr, Bezirk Buckau im „Ballhaus“, Dorowstraße 14. Siehe Inserat morgen. —

**Arb.-Nachw.-Verein Magdeburg, Abt. „Stern“, Sudenburg.** Jeden Donnerstag Saalfahrer u. Zusammenk. in der „Berst. Bierh.“

**Burg. Freie Turnerschaft.** Sonntag den 27. März (Balmsonntag) große öffentliche Turner-Versammlung, in welcher Turngenosse Hr. Sieberleser, Geschäftsführer des Arbeiter-Turnerbundes einen sehr lehrreichen Vortrag halten wird. —

### Briefkasten.

**B., Burg.** Sie hatten überhaupt nicht, sondern nur Ihre Frau hat diese ausdrücklich abgemacht, daß sie das Bild nur dann abnehmen brauche, wenn es bestimmt bis zum 8. März geliefert werden so braucht sie es nicht mehr zu nehmen. Sie hat aber nicht so muß Ihre Frau an die Firma schreiben, daß sie das Bild nicht mehr abnehme, wenn es binnen zwei Tagen nicht geliefert wird. Kommt dann das Bild innerhalb der gesetzten Frist nicht an, so ist die Vertragspflicht erloschen. —

**Ch., Schneidlingen.** 1. Ein Mietvertrag, der auf unbestimmte Zeit geschlossen ist, kann ein Vierteljahr vor jedem Quartals-ersten gekündigt werden. Ist der Mietvertrag mündlich geschlossen auf eine bestimmte Zeit, etwa ein Jahr, geschlossen und nach Ablauf dieser Zeit ohne ausdrückliche Abmachung verlängert worden, so gilt er gleichfalls als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der Vermieter braucht Sie aber am 1. April nur auszuleihen zu lassen, wenn Sie die Miete für das Quartal bis zum 1. Juli bei der Regierungshauptkasse hinterlegen und ihm dies nachweisen. —

**K. R.** Die vorstehende Auskunft unter Nummer 1 gilt auch für Sie. —

**Kramer.** Die Begrüßung ist im Recht. —  
**Stendal.** Das Inserat kostet 4,05 Mark. (Exp.)

**Gewerkschafts-Partei.** Donnerstag den 24. März, abends 8½ Uhr, Sitzung in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28. Tagesordnung: 1. Jahresbericht vom Sekretariat. 2. Die Bedeutung des Gewerkschaftswesens für die Arbeiter. Referent: Herr Schmidtchen. 3. Mitteilungen des Sekretärs über Lohnbewegungen usw. 4. Beschlußendes. — In dieser Versammlung sind die Gewerkschaftsvorstände eingeladen. Der Bericht des Sekretärs, welcher zur Debatte steht, liegt gedruckt vor und kann im Sekretariat abgeholt werden. Wir bitten die Gewerkschaftsvorstände und Parteidelegierten, vom Inhalt des Berichts vor der Sitzung Kenntnis zu nehmen. In der Sitzung wird einem Antrag zur Tagesordnung zufolge die Stellung der Krankenkassenbeamten zum neuen Vertriebsvertrag erörtert werden. Wir laden daher den Vorstand der Freien Vereinigung zu dieser Debatte ein. —

### J. Koch Magdeburg-Buckau

empfehlen in reichhaltiger Auswahl und zu billigsten Preisen Konfirmations- und auch Oster-Karten, Wälle, Tamburettos, Springestricke usw., sowie zum Schulanfang sämtliche Hefte und Bücher nach Vorschritt. 1109

### Burg. Geschäft-Verlegung.

Meiner werthen Kundschaft sowie einem geehrten Publikum von Burg und Umgegend hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage mein Geschäft von Gr. Brahmstraße 23 nach

### Breiteweg Nr. 41

dem Hause des Sattlermeisters Herrn C. Ehrhardt, gegenüber der Gr. Brahmstraße, verlegt habe. Für das mir bisher geschenkte Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, mir solches auch fernerhin gütigst erweisen zu wollen, indem ich Berücksichtigung nur guter Waren zu stets billigsten Preisen bei aufmerksamer Bedienung zusichere.

Burg, den 24. März 1904. Buchbindungs- u. Buchhandlung  
**B. Knöllner, Buchhandlung.**

**An unsre Leser und Leserinnen!**

Wer von unsern Abonnenten die Bogen des herrlichen Borts v. Suttner'schen Romans

**„Marthas Kinder“**

gesammelt hat und die Absicht hegt, denselben in geschmackvolle Decke einbinden zu lassen, wolle die Bogen ungerollt möglichst sofort bei uns abliefern. Die Ablieferung muss spätestens bis 1. April erfolgt sein, damit wir die Anzahl der Einbanddecken rechtzeitig feststellen können.

Der Verlag der Volkstimme.



**Kredit!**

**Billiger wie überall!**

**Möbel- u. Betten**  
auf  
**Kredit**

als: Bettstellen und Matrassen, Schränke, Vertikab, Kommoden, Küchenschmel, Schreibtische, Tische, Stühle, Spiegel in echt und lackiert, Sofas, Divans, Garnituren.

**Ganze Ausstattungen**  
in billigen und besseren Genres  
mit  
kleiner Anzahlung und leichtesten Zahlungsbedingungen  
nur bei

**Hermann Liebau**  
Fab. : Gottfried Liebau  
Breiteweg 127, 1 Tr.

**Kredit!**

**Spezial-Eier-Grosshandlung**  
Billigste Bezugsquelle für Konsumenten!  
Satz täglich einliefernd von Waggonladung. 2751

**Hornig & Weinberg**  
Telephon 2073. Grosse Mühlenstrasse 1a u. 7a.

**Die Emser Depesche**  
oder:  
**Wie Kriege gemacht werden!**  
Mit einem Nachtrag:  
**Bismarck nackt.**  
Von Wilhelm Liebknecht.

Preis 35 Pf. zu haben in der  
**Buchhandlung Volksstimme**  
und bei sämtlichen Kolporturen.

**Burg. Burg.**  
Frische Würst.  
Sonntags u. Sonntag  
Knoblauchwürst.  
Karl Jesse, Holzstraße.

**Strommatten**  
und  
**Herrn-Abzüge**  
in großer Auswahl zu außer  
gewöhnlich billigen Preisen  
**Julius Franke**  
Elze  
Reinhardt

37 Sudenburg 37

**Kinder-  
Anzüge  
Knaben-  
Anzüge  
Herren-  
Anzüge**

in bester Ausführung,  
eleganz, dauerhaft und  
billig.

**Wafelstränge**  
werden selbst und  
plastisch ausgeführt.

**Theod. Kraft**  
37 Halberstädter  
strasse 37

**Garben-Büchsen**  
Bartfeldinger  
1/10 %  
trocknen, officinell billigt  
**Hermann Erich**, Friedrich-  
straße 3.

Benig gebrauchte  
**Maschinen**  
zum Preise  
von 25 Mark  
bis 60 Mark.  
**Reinhardt-  
maschinen**  
aller Systeme unter Garantie  
in billiger Preiskategorie.  
**R. Osterroth, Mechaniker**  
Sünderbergstr. 21.  
Gewissenhafte Ausführung von  
Reparaturen u. Fahr-  
reparaturen aller Art zu  
billigsten Preisen. 2495

**Wer bei Kaufmännischer  
kauft, spart Geld!**  
2005 enorme Auswahl in  
**Kleiderstoffen.**  
Bettschleier-Berandhaus  
Otto Kaphengut, Sünderb.,  
Gasfabrikstrasse 106a.

**Kein  
Möbel-  
Ausverkauf**  
in irgendeiner, ärgerlicher Weise  
zu bieten!

**Kaufen Sie Ihre  
Möbel bei  
Jakob Mook**  
Jakobstrasse

**Sofa  
Sofa  
Sofa  
Sofa**  
36 bis 60 Mk.

**Diwan  
Diwan  
Diwan  
Diwan**  
36 bis 65 Mk.

**Plüsch-Diwan  
65 bis 110 Mk.**

**Plüsch-Garnituren  
Plüsch-Garnituren**  
125 bis 300 Mk.

**Ganze Ausstattungen**  
in Nussbaum und Birken  
**sehr billig!**

**Jakob Mook**  
Möbelfabrik  
**MAGDEBURG**  
nur am Rathaus  
Solide Arbeit!  
Langjährige Garantie

2629

**Fritz Britting**  
Jahn, Schönebergstr. 34.  
**Konfirmationsgeschenke**  
**Gesamtbücher**  
Opferartikel, Bälle 2c.  
Schulbücher  
**Schulmappen.**

**Kaiser-Panorama**  
Breiteweg 134, Ecke Dreieng. Str.  
Geöffnet v. 9-10. Erw. 20. Kinder  
10 Pf. — Hochinteressante Reise  
im malerischen Tirol. Das  
Leinwandmalerei, die Zug-  
spitze usw. Erste interessante  
Wanderung durch London. 11

**Möbel**  
und Polsterwaren  
Herren-, Damen- und  
Kinder-Garderoben  
Kleiderstoffe  
Manufakturwaren  
auf  
**Kredit**  
billig und unter leichtesten  
Zahlungsbedingungen  
**A. Friedländer**  
Breiteweg 118, 1 Tr.

**Rührgewölle**  
des Magdeburger Volkstheaters  
Gauptstrasse 5.  
Donnerstag: Weiße Bohnen mit  
Mintfleisch.  
Freitag: Schellfisch mit Röstbrat-  
sauce und Salatsoffeln.

**Schlachtfest**  
bei **Gottfried Ruth**, Jakob-  
str. 18.

**Generalversammlung**  
d. Ortskrankenkasse d. Maurer  
zu Kirschleben.  
Die Herren Arbeitgeber und die  
stimmberechtigten Kassennmitglieder  
werden hiermit zu der am  
Mittwoch den 30. März 1904  
abends 6 1/2 Uhr  
in **Schröbers Lokal** statt-  
findenden Generalversammlung  
ergebenst eingeladen.  
2743

**Tagesordnung:**  
1. Abnahme der Jahresrechnung  
1903.  
2. Gehaltsaufbesserung des Kassens-  
führers.  
3. Entschädigung des Vorsitzenden.  
4. Verschiedenes.  
**Winter, Vorsitzender.**

Sonntag den 27. März  
unwiderruflich letzter Tag!

**Circus**  
**Sarrasani**  
Donnerstag den 24. März  
abends 8 Uhr  
Sensibel - Vorstellung  
für die hier so beliebt gewordene  
**Reiterfamilie**  
**Christ-Lecusson**  
(Jockey Marasso)  
unter Mitwirkung des gesamten  
Räuberpersonals in ihren  
Glanzaufstellungen.  
**Nur noch 4 Tage!**

Die gegen Fräulein Martha Lange  
in Niederbodeleben ausgeprochene  
Belästigung nehme ich als unvor-  
sahlich an.  
1108

**Frau Luise Günther.**

**50 Neue Welt-  
Kalender für 1904**  
sind noch zu haben in der  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Jakobstrasse 49.

**Städtische Arbeitsnachweisstelle**  
**Magdeburg**  
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-  
kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.  
Fernsprechanruf: Rathaus Nr. 2150-2155.  
Geöffnet:  
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.  
Weibliche Abteilung: 10-1  
Männliche Abteilung: Kapfenberg 13, Hof rechts.  
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

**Gesang-Verein „Einigkeit“.**  
Sonntag den 27. März (Palmsonntag) 2715  
im „Luisen-Park“  
**Humor. Instrumental- u. Vokal-Konzert**  
unter Mitwirkung der Kapelle des Herrn Kilitan sowie der  
**Volkssänger-Gesellschaft Strzelewicz-Berlin.**  
Programm inkl. Blüthenfeuer 30 Pf. Anfang nachmittags 4 Uhr.

**Achtung! Stendal. Achtung!**  
**Gr. öfftl. Volksversammlung**  
Sonntag den 27. März, nachm. 3 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn C. Wendt, Eisfabrikstraße 3.  
Thema:  
**„Die Welt des Aberglaubens.“**  
Referent: Genosse **Robert Albert, Magdeburg.**  
Hierzu: Freie Diskussion.  
Kein Arbeiter Stendals darf in dieser Versammlung fehlen.  
Der Einberufer.

**Burg. Hohenzollernpark, Burg.**  
**Theater-Abend**  
des Gesangvereins „Vorwärts“  
am Palmsonntag den 27. März 1904.  
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
Zur Aufführung gelangt auf vielseitigen Wunsch  
zum zweiten Male:  
**Welche Lust, Soldat zu sein!**  
Lebensbild mit Gesang in 3 Aufzügen und 1 Schluss tableau  
**Völkerfrieden.**  
Eintrittskarten à 25 Pf. sind in den bekannten Ausgabestellen  
und im „Hohenzollernpark“ zu haben. 2748  
Es ladet freundlichst ein  
Der Vorstand.

**Burg. Burg.**  
Am Sonntag den 27. März (Palmsonntag)  
nachmittags 3 1/2 Uhr  
**Große**  
**öffentl. Turner-Versammlung**  
im „Hohenzollernpark“.  
Tagesordnung: 2750  
**Das Turnen und die Arbeiter.**  
Referent: Genosse **Franz Siedersleben**  
Geschäftsführer des Arbeiter-Turnerbundes.  
Diskussion. Verschiedenes.  
Auch Frauen und Mädchen haben Zutritt zu dieser Versammlung.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Einberufer.

**Walhalla**  
Morgen Freitag  
**Elite-Abend ohne  
Tabakrauch.**

**Stadt-Theater.**  
Donnerstag den 24. März 1904.  
**Der Rastelbinder.**  
Operette in 1. Aktspiel u. 2 Aufzügen.  
Sonntag den 27. März 1904.  
Nachm. 3 Uhr. Volks-Vorstellung.  
**Monna Vanna.**



# Wolf Seelenfreund

Breitweg 61

# Extra-Preise

Konserven	
2 Pfd. Dose	1 Pfd. Dose
Stangenspargel prima 153	86 Pf.
sekunda 134	—
dünn 92	53 Pf.
Bretspargel	
extra prima 112	63 Pf.
prima 98	57 Pf.
Junge Erbsen	56
Kaiserschoten	133
Suppenerbisen	39 Pf.
Karotten	44 Pf.
Steinpilze	106
Pfefferlinge	56
Bläuen	50 Pf.
Stachelbeeren	66
Reineclauden	88
Birnen	59
Kirschen	78
Aprikosen	114
Melange	114
Pflirsche	114
Pfeffelbeeren	10 Pfd. 285 Pf.

Lebensmittel	
Graupen	Pfund 12 Pf.
Weis	Pfund 19 Pf.
Grtes	Pfund 12 Pf.
Hanf	Pfund 15 Pf.
Krafmehl	Pfund 24 Pf.
Banileguden	Dose 13 u. 8 Pf.
Lutti Frucht	Dose 21 Pf.
Viscose-Pulver	Dose 21 Pf.
Saunen-Pulver	Dose 18 Pf.
Pumpenidel	Dose 38 Pf.
himbeerlast, tabellos im Geschmack	Flasche 44 Pf.
Mohnöl	Flasche 44 Pf.

Wein	
Rotwein	
Chateau Barose	1.85
1899 er St. Julien	1.25
Bourgais Medoc	85 Pf.
Barbaug	98 Pf.
Dafite	1.38
Wordeaug Cantemerle	1.18
Weißwein	
Gracher	96 Pf.
1897 er Berncastler	96 Pf.
Josephshöfer	1.15
1900 er Tafeler	1.35
1895 er Schwarzhofberger	1.77
Müdesheimer	1.18
Champagner	
Kaiserfest	1.57
Evail d'or	1.73
Cabinet Silber	1.95
Cabinet Kupfer	2.75
(Champagnerpreise einschl. Steuer)	
Heidelbeerwein	54 Pf.

Zigaretten	
Präsent Nr. 2, Riffe gefälliges Format	25 Stk. 1.30
Präsent Nr. 3, Riffe mittelstark	25 Stk. 1.50
Präsent Nr. 4, Riffe pikant	25 Stk. 1.75
Nr. 13 und 14, Sumatra Fellig	100 Stk. 4.15
Borstenlanden, mit Ring	200 Stk. 8.30
Kolonial-Import	100 Stk. 4.50
8 Pfg.-Zigaretten	100 Stk. 6.05
Nr. 36 Sumatra Fellig	100 Stk. 6.05
Nr. 42 Sumatra	100 Stk. 6.35
Borstenl. u. Java	100 Stk. 6.90
Schiff-Sumatra	100 Stk. 6.90
Borstenl. u. Java	100 Stk. 6.45
Nr. 45, 46, 47, 48	100 Stk. 6.45
8 Pfg.-Zigaretten	50 Stk. 3.90
El Boca-Sumat.-Fellig	50 Stk. 3.90
Java 10 Pfg.-Zigaretten	100 Stk. 3.90
Dänische Neptun-Zigaretten	Karton 100 Stk. 3.20

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
<b>Frische Eier</b> Mandel 72 Pf.	<b>Universalhammer</b> mit Range 88 Pf.	<b>Hoffmanns Stärke</b> 1/2 Pfd.-Karton 9 Pf.	<b>Garderobenhaken</b> 3 Stk. 22 Pf.

<b>Blüsch-Pantoffel</b> mit Ledersohle 92 Pf. Ein Posten ledierter	<b>Kohlenlöffel</b> . . . . . 14 Pf. <b>Kokslöffel</b> . . . . . 6 Pf. <b>Kohlenelmer</b> . . . . . 46 Pf. <b>Verhängeschlösser</b> . . . . . 8 Pf. <b>Flachzange</b> . . . . . 9 Pf. <b>Kniefzange</b> stark . . . . . 39 Pf.	<b>Bilder</b> aus der Königl. bayerischen priv. Kunstanstalt zu München zu enorm billigen Preisen. <b>Hausegen</b> 37 Pf.
--	---	---

Spielwaren	
Lambretts	38 und 23 Pf.
Krokettspiel	98 Pf.
Gardir' effeln	33 und 23 Pf.
Planchen	6 Pf.
Kleine Spaten	9 und 7 Pf.
Springseil	7 und 5 Pf.
Ornbälle	7 und 5 Pf.
Pferdeleinen	19 Pf.
Saufrissen	5 Pf.
Oster-Eier	7 Pf.
Osterhasen zum Füllen	26 Pf.
Botanikertrommeln	60, 48, 30, 19 Pf.
<b>Kreisel</b>	3 Pf.

<b>Küchenspißen</b> Rolle = 10 Meter 21 u. 12 Pf.	<b>Zur Konfirmation</b>	<b>Wachstuch-Küchenspißen</b> Meter 8 Pf.
--	-------------------------	--

<b>Bürsten</b>	<b>Broschen</b> echt Gold-Doublé sonst 3.75 jetzt 2.30 sonst 5.50 jetzt 3.25 sonst 7.50 jetzt 4.75 sonst 10.50 jetzt 6.50	<b>Herrn-Uhrketten</b> echt Gold-Doublé sonst 4.50 jetzt 2.25 sonst 6.00 jetzt 4.00 sonst 7.00 jetzt 4.75 sonst 15.50 jetzt 10.00
----------------	--	--

Gummi-Bälle	
Gr. ca. 18	15 12 9 6 4 cm
früher 275	200 100 60 32 10 Pf.
jetzt 185	145 65 42 24 6 Pf.

<b>Bürsten</b>	<b>Broschen</b> echt Gold-Doublé sonst 3.75 jetzt 2.30 sonst 5.50 jetzt 3.25 sonst 7.50 jetzt 4.75 sonst 10.50 jetzt 6.50	<b>Herrn-Uhrketten</b> echt Gold-Doublé sonst 4.50 jetzt 2.25 sonst 6.00 jetzt 4.00 sonst 7.00 jetzt 4.75 sonst 15.50 jetzt 10.00
----------------	--	--

Zugrouleaux	
sehr massiv	140 cm lang verstellbar
<b>33</b>	Pf.
<b>Gardinenhauer</b>	Paar 9 Pf.
<b>Gardinenringe</b>	Porzellan, Dugend 17 Pf.

<b>Bürsten</b>	<b>Broschen</b> echt Gold-Doublé sonst 3.75 jetzt 2.30 sonst 5.50 jetzt 3.25 sonst 7.50 jetzt 4.75 sonst 10.50 jetzt 6.50	<b>Herrn-Uhrketten</b> echt Gold-Doublé sonst 4.50 jetzt 2.25 sonst 6.00 jetzt 4.00 sonst 7.00 jetzt 4.75 sonst 15.50 jetzt 10.00
----------------	--	--

Obertassen	
echt bayrisches Porzellan	6 Stk. 48 Pf.

<b>Regenschirme</b> und <b>Sonnenschirme</b> mit ganz kleinen Fehlern früher bis 7 Mk., jetzt 1.95	<b>Toilette-Seifen</b> Bienen-Seife 3 Stk. 32 Pf. Blumen-Seife 3 Stk. 28 Pf. Abfall-Seife 3 Stk. 17 Pf. Mandel-Seife 3 Stk. 26 Pf. Glycerin-Seife 3 Stk. 26 Pf. <b>Waschseife</b> Parzern-Seife 3 Stk. 28 Pf. Sparkern-Seife 3 Stk. 28 Pf.	<b>Säulen</b> schwarz und braun sonst 4.00 jetzt 2.60 sonst 7.00 jetzt 4.00 sonst 9.50 jetzt 5.75 sonst 15.00 jetzt 9.00 sonst 18.00 jetzt 10.50 <b>Büstenständer</b> stark reduziert.
--	--	--

Metall-Leuchter	
massiv hohe Form	Paar 67 Pf.

<b>Wandschoner</b> aus Wachstuch Stk. 33 Pf.	<b>Seifen-Pulver</b> Salmiaf, Terpentin 6 Paket 28 Pf.	<b>Scheuertücher</b> 3 Stk. 25 Pf.	<b>Photographie-Rahmen</b> - Kabinett - sonst 1.00, jetzt 63 Pf.
--	--	---------------------------------------	--

Flur-Wandarm	
mit Sparbrenner	48 Pf.
Sternlampen	komplett 22 Pf.
Küchenlampen	6 Stück 42 Pf.



